



EU-Zugewanderte in Berlin und die Coronakrise (II)

Ergebnisse der zweiten Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise auf die Situation von EU-Zugewanderten in Berlin

Max Behrendt
Marie Lena Lutz

März 2021

Die nun bereits seit über einem Jahr andauernde Coronapandemie hat zu tiefgreifenden Auswirkungen auf dem Berliner Arbeitsmarkt geführt.

In einer im Oktober/November 2020 durchgeführten Online-Zweitbefragung (Erstbefragung: Mai/Juni 2020) haben knapp 700 in Berlin lebende EU-Zugewanderte ein zweites Mal darüber Auskunft gegeben, wie sie die Coronakrise erleben und welche Auswirkungen diese auf ihr (Arbeits-)Leben hat.

EU-Zugewanderte gehören weiterhin zu einer besonders vulnerablen Zielgruppe. Grundsätzlich wird deutlich, dass sich die Wegzugsüberlegungen unter Unionsbürger*innen im Zeitverlauf deutlich verändert haben. Es besteht ein statistisch robuster Zusammenhang, dass (i) Frauen, (ii) mit dem Arbeitgeber unzufriedene Personen sowie (iii) Zugewanderte aus den drei älteren Mitgliedstaaten in

dieser Befragung wahrscheinlicher mit dem Gedanken spielen, fortzuziehen. Zugewanderte aus den älteren Mitgliedstaaten sind zugleich statistisch signifikant häufiger unzufrieden mit ihrem Arbeitgeber.

Im Hinblick auf die allgemeine Lebenszufriedenheit lässt sich statistisch belastbar zeigen, dass zu beiden Erhebungszeitpunkten mit dem Arbeitgeber unzufriedene Personen eine deutlich geringere Gesamtzufriedenheit aufweisen.

Staatsangehörigkeitsübergreifend wird zudem deutlich, dass die pandemiebedingten Auswirkungen besonders am unteren Ende des Qualifikationsspektrums wirken: Es sind insbesondere die in Helfer*innentätigkeiten beschäftigten Unionsbürger*innen, unter denen die Arbeitslosigkeit deutlich angestiegen ist.

Das Projekt „Europäisches Berlin“ wird aus Mitteln der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gefördert.



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Literaturübersicht und methodische Anmerkungen.....	4
2.1. EU-Zugewanderte und Corona: Quellenlage	4
2.2. Studien im Zeitverlauf	4
2.3. Methodik	5
2.3.1. Datenerhebung	5
2.3.2. Datenauswertung.....	6
3. Wegzugsüberlegungen	7
4. Entwicklung der Arbeitslosigkeit.....	13
5. Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber	16
6. Allgemeine Lebenszufriedenheit.....	20
7. Ausblick	25
Literaturverzeichnis	30
Abbildungsverzeichnis	32
Tabellenverzeichnis	33

1. Einleitung

Die nun bereits seit über einem Jahr andauernde Coronapandemie hat zu tiefgreifenden Auswirkungen auf dem Berliner Arbeitsmarkt geführt: Die Arbeitssituation vieler Menschen hat sich in kurzer Zeit grundlegend verändert und auch weiterhin sind viele Branchen von massiven Einschränkungen betroffen. Das vorliegende Working Paper hat zum Ziel, die bestehenden Erkenntnisse hinsichtlich der Auswirkungen der Coronakrise auf EU-Zugewanderte in Berlin zusammenzutragen und eine Reihe von aktuellen sozialen und arbeitsmarktspezifischen Folgen empirisch zu analysieren. Die im Folgenden dargelegten Erkenntnisse basieren auf zwei Wellen einer von Minor durchgeführten Onlinebefragung unter EU-Zugewanderten (Mai/Juni 2020 und Oktober/November 2020) in Berlin und weiteren statistischen Sekundärdaten.

Folgende Leitfragen sind für das vorliegende Working Paper zentral:

- 1) Welche Veränderungen lassen sich im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation von EU-Zugewanderten in Berlin zwischen den beiden Umfragezeitpunkten beobachten?
- 2) Inwiefern beeinflusst die Pandemie für die Integration von (EU-)Zugewanderten maßgebliche Dimensionen wie die allgemeine Lebenszufriedenheit, Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber oder Wegzugsüberlegungen im Zeitverlauf?
- 3) Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zeigen sich bei der Betrachtung der arbeitsmarktspezifischen Auswirkungen der Pandemie beim Vergleich der bundesdeutschen und der europäischen Ebene?

Während die ersten beiden Leitfragen auf Grundlage der erhobenen Umfragedaten und unter Hinzunahme von Registerdaten der Bundesagentur für Arbeit (BA) analysiert werden, lässt sich die dritte Leitfrage durch eine Betrachtung von ausgewählten Konjunktur- und Arbeitsmarktdaten der europäischen Statistikbehörde Eurostat schärfer fassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die aktuellen Ergebnisse vorläufiger Art sind und Momentaufnahmen darstellen: Wenn nach knapp einem Jahr der Pandemie eines als gesichertes Wissen betrachtet werden kann, dann ist es die Tatsache, dass sich die arbeitsmarktspezifischen Auswirkungen der Pandemie mit einer anderen Dynamik manifestieren als die der vergangenen Wirtschaftskrisen. So zeigt sich, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie – bspw. im Hinblick auf die betroffenen Branchen oder die Entwicklung von wichtigen Konjunkturindikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt, dem Produktionsindex oder dem Einzelhandelsumsatz – einen z. T. anderen Verlauf nehmen als die der Finanzmarktkrise im Jahr 2008. Es kommt hinzu, dass auch im weiteren Verlauf der Krise neben vorsichtigen Öffnungsschritten mit erneuten Verschärfungen der Eindämmungsmaßnahmen zu rechnen ist. Die vollumfänglichen Auswirkungen der Pandemie auf den Berliner Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten und Jahren sind aus diesem Grund noch nicht abzuschätzen.

2. Literaturübersicht und methodische Anmerkungen

2.1. EU-Zugewanderte und Corona: Quellenlage

Im Hinblick auf die pandemiebedingten Auswirkungen auf die Gruppe der EU-Zugewanderten liegen bereits eine Reihe von Studien vor. So zeigt die ebenfalls bei Minor „IQ Fachstelle Einwanderung“, dass im Vergleich der Daten von 2020 zu den Werten des Jahres 2019 insbesondere unter Zugewanderten aus den östlichen EU-Mitgliedstaaten ein besonders hoher Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist (Becker 2020). Auch das von der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) geförderte Minor-Projekt „Europäisches Berlin“ kann auf der Grundlage einer im Mai/Juni 2020 durchgeführten ersten Online-Umfrage unter mehr als 3.000 in Berlin lebenden EU-Zugewanderten (Elcheikh et al. 2020) belegen, dass diese im Rahmen der Pandemie zu einer besonders vulnerablen Zielgruppe zählen: Durch die erhobenen Primärdaten wurde deutlich, dass schon im ersten Lockdown etwa ein Zehntel (9,5 % bei den Italienerinnen und Italienern) bis zu einem knappen Fünftel (18,2 % bei den Rumäninnen und Rumänen) nicht mehr über dieselbe Arbeitsstelle verfügen wie vor Ausbruch der Coronakrise. Zudem deuten die Ergebnisse an, dass selbstständig arbeitende EU-Bürger*innen mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert sind und nicht wenige Zugewanderte mit dem Gedanken spielen, Berlin zu verlassen (der Anteil derjenigen, die mit dem Gedanken spielen, Berlin zu verlassen, variiert zwischen 20,8 % und 27,6 %). Eine weitere, ebenfalls von der „IQ Fachstelle Einwanderung“ veröffentlichte Studie verdeutlicht darüber hinaus, dass unter vielen EU-Bürger*innen in Deutschland finanzielle Sorgen deutlich ausgeprägt sind (Spitaleri & Fritsche 2021). Der Eindruck, dass es sich bei EU-Zugewanderten um eine vulnerable Personengruppe handelt, lässt sich auch mit Blick auf die Registerdaten der Bundesagentur für Arbeit bestätigen: So wird im Hinblick auf den Berliner Arbeitsmarkt deutlich, dass die relative Veränderung der Arbeitsuchenden und Arbeitslosen unter EU-Zugewanderten für die meisten Monate des Jahres 2020 höher ausfällt als in der Berliner Gesamtbevölkerung (Behrendt 2021).

Angesichts der Tatsache, dass hinsichtlich der pandemiebedingten Auswirkungen auf die Zielgruppe bislang nur wenige Studien Primärdaten erhoben haben, stellen insbesondere die genannten Minor-Studien von Spitaleri et al. (2021) und Elcheikh et al. (2020) einen wichtigen Beitrag für das weitergehende Verständnis der aktuellen Situation von EU-Zugewanderten dar. Eine Lücke, die es zu schließen gilt, ist jedoch die bislang fehlende Betrachtung der pandemiebedingten Auswirkungen auf diese Personengruppe im Zeitverlauf: Studien dieser Art sind zeitintensiv und erfordern weitreichende Zugänge zur untersuchten Gruppe. Sofern durchführbar, stellen sie jedoch eine wichtige Ergänzung der Studienlage dar, da bislang die meisten quantitativen Untersuchungen – unabhängig von der betrachteten Zielgruppe und Forschungsfrage – nur einen Zeitpunkt abbilden und somit etwaige Veränderungen in Zusammenhang mit den pandemiebedingten Entwicklungen nicht in den Blick nehmen können.

2.2. Studien im Zeitverlauf

Der Mehrwert von Untersuchungen, die über eine solche Momentaufnahme hinausgehen, liegt auf der Hand: So können bspw. Hipp und Bünning (2020) auf Grundlage von insgesamt drei

Befragungswellen¹ eines offenen, nicht-repräsentativen Onlinepanels (März bis August 2020) zeigen, dass das Ausmaß der genderspezifischen Auswirkungen der Pandemie erst im Zeitverlauf vollumfänglich deutlich wird. Dabei zeigen ihre Studienergebnisse, dass Frauen in Deutschland im Schnitt häufiger als Männer ihre Arbeitszeit reduzieren, mehr unbezahlte Sorgearbeit leisten und eine geringere, allgemeine Zufriedenheit zum Ausdruck bringen.

Auch die Ergebnisse der fortlaufenden SOEP-CoV-Studie² können wichtige Ergebnisse im Zeitverlauf aufzeigen: So wird bspw. deutlich, dass in den ersten Wochen der Pandemie insbesondere Haushalte mit Kindern eine geringere Zufriedenheit bzgl. ihres Familienlebens äußerten (Liebig & Kühne 2020), dass die Hauptlast der Kinderbetreuung während des Lockdowns im Frühjahr 2020 bei den Müttern lag (Zinn et al. 2020) und dass über den gesamten Zeitraum der Pandemie betrachtet, innerhalb der (ohnehin massiv betroffenen) Gruppe der Selbständigen, Frauen eine höhere Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten zu verzeichnen haben (Graeber et al. 2020).

Im Rahmen dieses Working Papers soll die Studienlage hinsichtlich der arbeitsmarktspezifischen und sozialen Auswirkungen der Coronapandemie auf in Berlin lebende EU-Bürger*innen ergänzt werden. Im Folgenden wird eine vertiefte Analyse ihrer Wegzugsüberlegungen, ihrer Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber und ihrer allgemeinen Lebenszufriedenheit erfolgen. Wenngleich die in diesem Zusammenhang analysierten Befragungsergebnisse jeweils unterschiedliche Auswirkungen der Pandemie abbilden, ist ihnen jedoch gemeinsam, dass sie einen zusammenfassenden Eindruck der Integration von Unionsbürger*innen ins Berliner Arbeits- und Sozialleben abbilden. Damit ermöglichen die dargestellten Ergebnisse u. a. Akteur*innen der Berliner Arbeitsmarktpolitik ein tiefergehendes Verständnis für die komplexen Prozesse, die mit den Entwicklungen infolge der Coronapandemie verbunden sind.

2.3. Methodik

2.3.1. Datenerhebung

Minor führte im Rahmen des Projektes „Europäisches Berlin“ über den Zeitraum von dreieinhalb Wochen (vom 13. Mai 2020 bis zum 7. Juni 2020) eine erste Onlinebefragung unter in Berlin lebenden EU-Zugewanderten durch. Befragt wurden Menschen mit einer der sechs häufigsten EU-Staatsangehörigkeiten in Berlin, d. h. Personen aus Polen, Italien, Bulgarien, Rumänien, Frankreich und Spanien. Personen, die im Rahmen dieser ersten Befragung einwilligten, ein weiteres Mal befragt zu werden, wurden über den Zeitraum von vier Wochen (6. Oktober 2020 bis zum 1. November 2020) erneut befragt.

¹ An Welle 1 haben 14,754 Befragte teilgenommen (23. März bis 10. Mai 2020); in Welle 2 waren es 7,574 Befragte (20. April bis 14. Juni 2020) und in Welle 3 noch 6,397 Befragte (3. Juni bis 2. August 2020).

² Die SOEP-CoV wurde von Anfang April bis Ende Juli 2020 auf Grundlage einer telefonischen Befragung durchgeführt. Hierfür wurde eine Stichprobe aus bestehenden SOEP-Haushalten in insgesamt neun Zufallsstichproben unterteilt, um Veränderungen im Zeitverlauf analysieren zu können. Insgesamt wurden Interviews mit Personen aus 6.694 Haushalten geführt.

Der Fragebogen war in den entsprechenden Herkunftssprachen sowie auf Deutsch verfügbar und enthielt Fragen zu soziodemografischen Merkmalen, zur aktuellen Arbeitssituation (inkl. Veränderungen, die im Verlauf der Coronakrise eingetreten sind), zu pandemiebedingten Herausforderungen und eventuellen Veränderungen der Zukunftsperspektiven hinsichtlich ihres Aufenthaltes in Berlin. Ziel der Befragung war es, bessere Kenntnis der Auswirkungen der Coronakrise auf die (Arbeitsmarkt-)Situation von in Berlin lebenden EU-Zugewanderten zu bekommen.

Der Link zur Umfrage wurde im ersten Befragungszeitraum mehrmals pro Woche in von den adressierten Zielgruppen oft genutzten Facebookgruppen geteilt. Für jede der untersuchten Staatsangehörigkeiten wurden mehrere Facebookgruppen identifiziert und zur Verbreitung des Links genutzt. Auswahlkriterien waren die Ausrichtung dieser Gruppen auf Berlin und eine möglichst große Mitgliederanzahl. Darüber hinaus wurde auch Werbung auf Facebook geschaltet, d. h. Personen, die in Berlin wohnen und Facebook in den Sprachen der untersuchten Zielgruppen nutzen, wurde der Aufruf zur Teilnahme an der Befragung in der jeweiligen Sprache angezeigt. Daneben wurde der Link zur Umfrage durch zahlreiche Kanäle wie Blogs, Onlinemagazine, Webseiten sowie Radiosender verbreitet, die in den Herkunftssprachen gehalten sind und die sich häufig explizit an Zugewanderte aus bestimmten Herkunftsländern (in Berlin) richten. Zudem wurden Multiplikator*innen, die in den untersuchten Zuwanderungsgruppen gut vernetzt und aktiv sind, um Unterstützung bei der Verbreitung des Befragungslinks gebeten. Dazu zählten v. a. Vertreter*innen der Berliner Migrationsberatungsstellen und Migrant*innenselbstorganisationen.

Zum zweiten Befragungszeitpunkt wurden Teilnehmende, die eingewilligt haben, ein weiteres Mal befragt zu werden, per E-Mail zu der Zweitbefragung eingeladen. Insgesamt konnten im Rahmen der ersten Befragung berlinweit 3.537 Personen und im Rahmen der Zweitbefragung 671 Personen mit einer der sechs untersuchten Staatsangehörigkeiten erreicht werden. Aus dem Datensatz entfernt wurden die Daten von Personen, die nicht in Berlin wohnhaft sind, die in Deutschland geboren sind und/oder die nicht auf eine im Vorfeld festgelegte Mindestanzahl an Fragen antworteten. Da überproportional viele Frauen an der Umfrage teilnahmen, wurde eine Gewichtung vorgenommen, die sich an den Bevölkerungsdaten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zur Geschlechterverteilung unter den jeweiligen Staatsangehörigen (Stand 31.12.2019) orientiert.

2.3.2. Datenauswertung

Die Struktur der erhobenen Daten ermöglicht es, über die deskriptive Auswertung hinausgehende, statistische Analysen durchzuführen. Durch die zweifache Befragung der gleichen (im Rahmen der Zweitbefragung allerdings stark reduzierten) Stichprobe im Zeitverlauf lassen sich sowohl Rückschlüsse hinsichtlich Veränderungen innerhalb der Individuen als auch Veränderungen im Hinblick auf die gesamte Stichprobe erfassen.

Als Kontrollvariablen werden in den Modellen zu den Wegzugsüberlegungen (Abbildung 5) und der Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber (Abbildung 12) jeweils die Art der Beschäftigung (Selbstständigkeit, geringfügige Beschäftigung, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung), das Alter (18-25; 26-35; 36-45; über 46 Jahre), das Ankunftsdatum (vor 2010/nach 2010), der gleiche

Arbeitgeber (ja/nein) und die allgemeine Lebenszufriedenheit (zufrieden/unzufrieden) verwendet. Im Modell zur allgemeinen Lebenszufriedenheit (Abbildung 15) werden, mit Ausnahme der letztgenannten Variable, die identischen Kontrollvariablen genutzt. Zusätzliche Kontrollen im Hinblick auf die Qualifikationsstruktur oder Berufssegmente der Befragten wären wünschenswert, sind aufgrund des begrenzten Befragungsumfangs jedoch nicht vorhanden.

Um die Veränderungen im Zeitverlauf abzubilden, werden im Rahmen der explorativen Analysen logistische Regressionsverfahren eingesetzt. Dies geschieht auf der Grundlage einer Stichprobe, die die Befragten der beiden Umfrageswellen zusammenfasst (gepooltes Sample). Die für alle Modelle zentralen Aspekte, die durchgehend geprüft werden, stellen das Geschlecht (männlich/weiblich)³ sowie die Staatsangehörigkeit der Befragten dar (ältere EU-Mitgliedstaaten: repräsentiert durch die befragten Spanier*innen, Französ*innen und Italiener*innen; Mitgliedstaaten der EU-Osterweiterung: repräsentiert durch die befragten Bulgar*innen, Rumän*innen und Pol*innen). Im Fall der Modelle zur allgemeinen Lebenszufriedenheit und zu den Wegzugsüberlegungen wird zusätzlich die Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber analysiert (zufriedene und eher zufriedene Personen vs. eher unzufriedene und unzufriedene Personen).

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist jedoch Vorsicht geboten: Da es sich bei den zugrunde liegenden Erhebungen um zwei nicht repräsentative Befragungen handelt, lassen sich die vorliegenden Ergebnisse nicht über die Gruppe der Befragten hinaus verallgemeinern (Kohler et. al 2019). Zugleich erklären die berechneten Modelle nur einen geringen Teil der beobachteten Varianz in den Befragungsergebnissen, wofür als wichtige Gründe neben dem geringen Rücklauf in der zweiten Umfrageswelle auch die eingegrenzte Zahl an vorhandenen Kontrollvariablen aufgeführt werden können. Dennoch stellen sie einen wichtigen Erkenntnisgewinn in einem Forschungsfeld dar, welches durch einen erheblichen Mangel an Primärdaten im Zeitverlauf gekennzeichnet ist.

3. Wegzugsüberlegungen

Die Frage, welche Faktoren die Wegzugsüberlegungen von Unionsbürger*innen beeinflussen, ist von hoher Relevanz für den Berliner Arbeitsmarkt: Wie an anderer Stelle gezeigt, stellt die EU-Zuwanderung in den letzten zehn Jahren einen wichtigen Treiber des dynamischen Berliner Bevölkerungswachstums dar (Behrendt & Dubois 2020, Dubois & Kraußlach 2018). Die demografische Zusammensetzung der Zielgruppe verdeutlicht, dass die zugewanderten Unionsbürger*innen mehrheitlich und im Vergleich zur Berliner Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich häufig im erwerbsfähigen Alter sind: Dies trifft auf 81 % der Staatsangehörigen aus Mitgliedstaaten der EU-Osterweiterung und 87,1 % derjenigen aus älteren Mitgliedstaaten zu, während der Anteil in der Gesamtbevölkerung bei 65,1 % liegt (Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2021). Besonders viele Unionsbürger*innen sind zwischen 25 und 35 Jahre alt, woraus sich ableiten lässt, dass viele von ihnen noch am Anfang ihrer Erwerbsbiografie stehen (Dubois 2019).

³ Aufgrund der sehr geringen Fallzahlen bleiben in der folgenden Auswertung Personen unberücksichtigt, die bei der Frage nach dem Geschlecht „divers“ angegeben haben.

Im Hinblick auf die Arbeitsmarktbeteiligung dieser Gruppe lässt sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts eine erhebliche Ausweitung nachzeichnen: So lag die Beschäftigungsquote im Jahr 2019 unter Staatsangehörigen der älteren Mitgliedstaaten 24,3 Prozentpunkte und unter Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der EU-Osterweiterung sogar 27,8 Prozentpunkte über dem jeweiligen Anteil von 2008. Zwar liegt die Beschäftigungsquote für Unionsbürger*innen auch weiterhin unter dem Berliner Durchschnitt, jedoch verdeutlicht ihre deutlich steigende Beteiligung am Arbeitsmarkt, dass EU-Zugewanderte eine zunehmend gewichtige Rolle im Berliner Arbeitsmarkt einnehmen.

Trotz dieser grundsätzlich positiven Nachrichten lassen sich im Hinblick auf die EU-Zuwanderung nach Deutschland und Berlin jedoch auch gegenläufige Trends erkennen: So zeigt sich, dass die Nettozuwanderung von Unionsbürger*innen zwischen den Jahren 2015 und 2018 nach Berlin und Deutschland rückläufig ist. Ob und inwiefern die Coronapandemie diese Dynamiken verstärkt, stellt auch im Hinblick auf die Fachkräftesicherung eine wichtige Thematik für die Berliner Arbeitsmarktpolitik dar. Nicht zuletzt aus diesem Grund besteht ein zentrales Erkenntnisinteresse an einem tiefergehenden Verständnis der konkreten Auslöser und Treiber von Wegzugsüberlegungen.

Aus einer zunächst rein deskriptiven Auswertung der beiden Umfragen wird ersichtlich, dass sich die Wegzugsüberlegungen unter den EU-Zugewanderten im Zeitverlauf deutlich verändert haben: Zeigte sich zum ersten Erhebungszeitpunkt bei den Wegzugsüberlegungen staatsangehörigkeitsübergreifend noch eine relativ homogene Angabe von ca. einem Viertel bis einem Fünftel, welches überlegt, Berlin zu verlassen, so hat sich dies zum zweiten Zeitpunkt stark verändert. Deutlich wird, dass zwischen dem ersten und zweiten Erhebungszeitpunkt unter Personen mit bulgarischer, französischer und italienischer Staatsbürgerschaft die Wegzugsüberlegungen zugenommen haben. Unter den befragten Pol*innen sowie Rumän*innen nahm hingegen die Zahl derjenigen deutlich ab, die überlegen, aus Berlin wegzuziehen. Aufgrund der starken Veränderungen rangieren die Zustimmungswerte nun zwischen 42,9 % bei Bulgar*innen und 4,7 % bei Rumän*innen (Abbildung 1 und Abbildung 2).

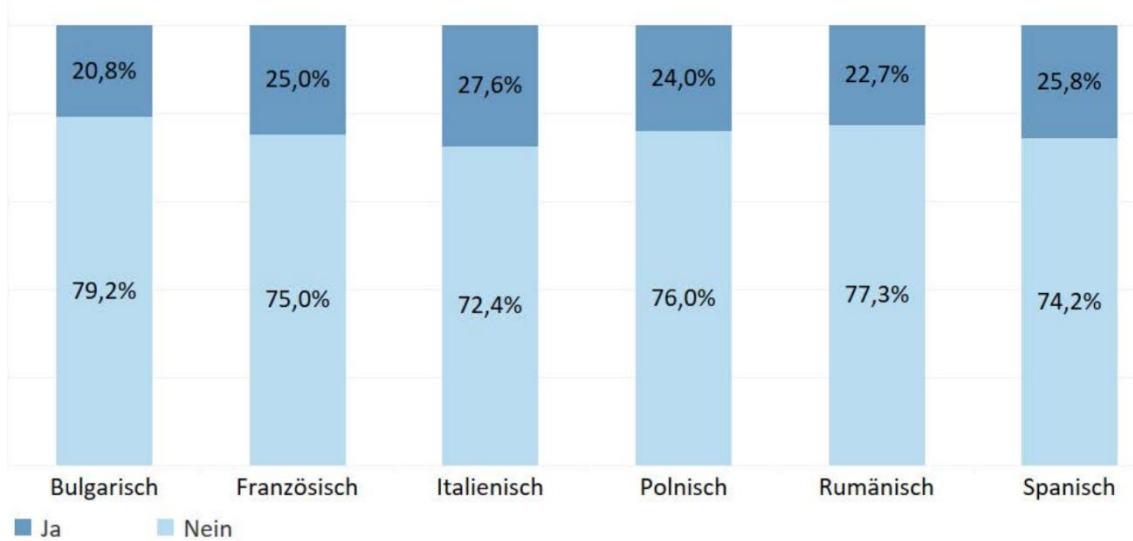


Abbildung 1: Wegzugsüberlegungen im Zuge der Coronakrise (Erstbefragung)

Antworten auf die Frage: „Haben Sie im Zuge der Coronakrise darüber nachgedacht, Berlin zu verlassen?“ n = 261/239/1.081/471/200/541. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

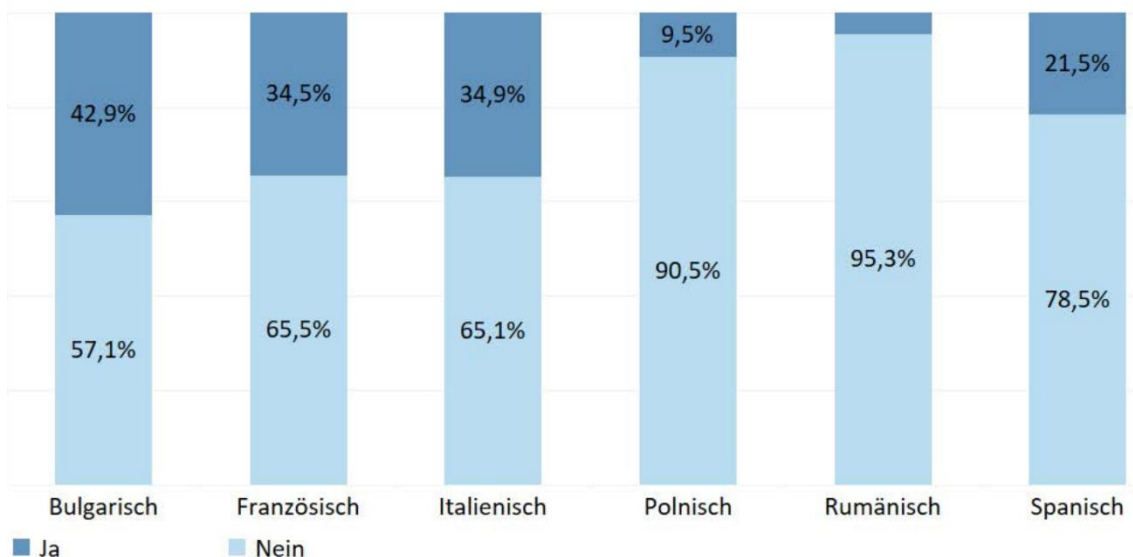


Abbildung 2: Wegzugsüberlegungen im Zuge der Coronakrise (Zweitbefragung)

Antworten auf die Frage: „Haben Sie im Zuge der Coronakrise darüber nachgedacht, Berlin zu verlassen?“ n = 56/219/70/25/150/23. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

Zudem scheint es einen deutlichen Unterschied zu machen, wie lange eine Person bereits in Berlin lebt: Es zeigt sich, dass vor allem Personen, die seit kürzerer Zeit in Berlin leben, über einen Wegzug nachdenken. Eine Ausnahme stellen die italienischen Befragten zum zweiten Erhebungszeitpunkt dar; hier sind es insbesondere Zugewanderte, die bereits seit etwas längerer Zeit in Berlin leben, die vermehrt über einen Wegzug nachdenken (Abbildung 3 und Abbildung 4).

Neben der grundsätzlichen Frage nach den Wegzugsüberlegungen wurden die Umfrageteilnehmenden auch danach gefragt, wie intensiv diese Überlegungen sind. Vor allem unter den befragten Französ*innen wird offenkundig, dass diese Überlegungen an Intensität gewinnen: Fast

die Hälfte gibt an, dass es sich um einen sicheren Plan oder aber eine Überlegung handelt, die zunehmend an Bedeutung gewinnt. Bei Betrachtung des ersten und zweiten Erhebungszeitpunktes zeigt sich, dass die Angabe eines sicheren Plans um 12,3 % zugenommen hat. Gleichzeitig hat allerdings auch die Angabe, dass es sich um eine verworfene Überlegung handelt, um 23,4 % zugenommen. Bei Italiener*innen sowie Spanier*innen hingegen gibt nur ein Drittel bis ein Viertel an, dass es sich bei den Wegzugsüberlegungen um einen sicheren Plan oder aber eine Überlegung, die zunehmend an Bedeutung gewinnt, handelt (Tabelle 1 und Tabelle 2).

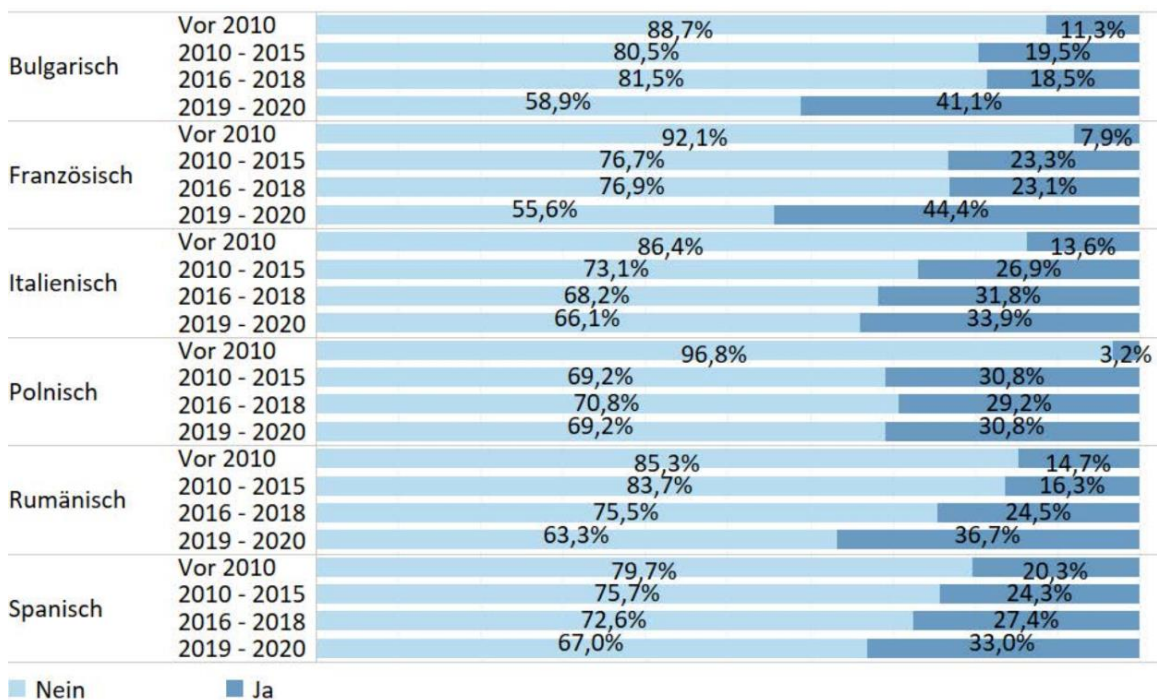


Abbildung 3: Wegzugsüberlegungen nach Ankunftsjahr (Erstbefragung)

Antworten auf die Frage: „Haben Sie im Zuge der Coronakrise darüber nachgedacht, Berlin zu verlassen?“

n = 41/125/65/30/36/64/93/46/145/453/322/161/108/180/123/60/11/79/71/37/68/240/154/69. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

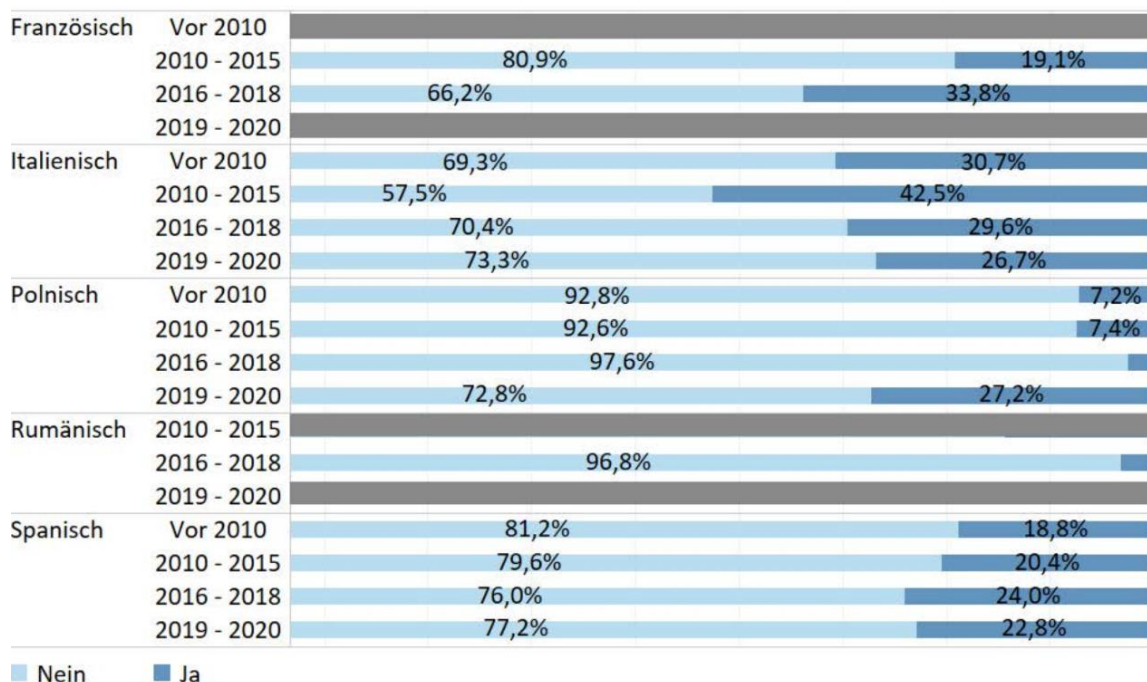


Abbildung 4: Wegzugsüberlegungen nach Ankunftszeitpunkt (Zweitbefragung)⁴

Antworten auf die Frage: „Haben Sie im Zuge der Coronakrise darüber nachgedacht, Berlin zu verlassen?“ n = 7/14/22/8/20/91/61/29/10/23/23/10/7/10/4/17/64/41/15. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

Tabelle 1: Intensität der Wegzugsüberlegungen (Erstbefragung)

n = 50/58/299/108/41/146. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

Staatsangehörigkeit	Verworfenen Überlegung	vager Gedanke	Überlegung, die zunehmend an Bedeutung gewinnt	Sicherer Plan
Bulgarisch	4,0 %	37,1 %	47,7 %	11,2 %
Französisch	17,7 %	36,8 %	39,2 %	6,4 %
Italienisch	15,3 %	47,8 %	31,1 %	5,8 %
Polnisch	13,7 %	41,9 %	33,2 %	11,3 %
Rumänisch	6,0 %	24,1 %	61,7 %	8,3 %
Spanisch	9,0 %	53,6 %	30,3 %	7,1 %

⁴ Für die Gruppe der bulgarischen Zugewanderten gibt es keine Angaben; unter den rumänischen Zugewanderten wurden für den Zeitraum vor dem Jahr 2010 ebenfalls keine Angaben gemacht.

Tabelle 2: Intensität der Wegzugsüberlegungen (Zweitbefragung)⁵

n = 8/18/69/6/2/35. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

Staatsangehörigkeit	Verworfenen Überlegung	Vager Gedanke	Überlegung, die zunehmend an Bedeutung gewinnt	Sicherer Plan
Bulgarisch	33,5%	16,7%	33,1%	16,7%
Französisch	41,1%	11,8%	28,5%	18,7%
Italienisch	14,7%	56,5%	27,0%	1,8%
Polnisch	30,4%	59,4%		10,1%
Rumänisch			100,0%	
Spanisch	18,0%	59,1%	20,4%	2,5%

Ein Blick auf das berechnete statistische Modell zu den Wegzugsüberlegungen ermöglicht eine Reihe von weiterführenden Erkenntnissen (Abbildung 5). So zeigt sich, dass auch im Hinblick auf die Gruppe der EU-Zugewanderten genderspezifische Auswirkungen der Pandemie zu beobachten sind. Zu beiden Umfragezeitpunkten besteht für Frauen eine höhere Wahrscheinlichkeit, darüber nachzudenken, Berlin zu verlassen: Zum Zeitpunkt der ersten Umfrage liegt diese um sechs Prozent und zum Zeitpunkt der zweiten Umfrage um neun Prozent höher als die Wahrscheinlichkeit für Männer, mit dem Gedanken der Auswanderung zu spielen. Dabei ist der Unterschied zu den männlichen Befragten zum Zeitpunkt der zweiten Umfrage statistisch signifikant, d. h. die festgestellten Unterschiede zu den Männern sind mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % nicht zufällig zustande gekommen.⁶ Dieser Befund reiht sich in die bereits in anderen Studien herausgearbeiteten Effekte zu geschlechtsbedingten Ungleichheiten in der Pandemie ein (siehe bspw. Hipp & Bünning 2020).

Ebenfalls ersichtlich aus dem Modell wird, dass die Wahrscheinlichkeit zu Wegzugsüberlegungen unter Menschen, die unzufrieden mit ihrem Arbeitgeber sind, zu beiden Umfragezeitpunkten höher ausfällt als unter Personen, die sich als zufrieden mit ihrem Arbeitgeber bezeichnen. Zum zweiten Zeitpunkt der Umfrage fällt die Wahrscheinlichkeit mit 14 % noch höher aus und ist statistisch signifikant. Dieser Befund unterstreicht die zentrale Bedeutung von Maßnahmen, die Arbeitssituation von Zugewanderten zu verbessern.

Schließlich wird aus dem Modell zu Wegzugsüberlegungen deutlich, dass zu beiden Umfragezeitpunkten Menschen aus den älteren EU-Mitgliedstaaten Spanien, Italien und Frankreich eine um 20 % höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, über einen Wegzug aus Berlin nachzudenken, als Zugewanderte aus den EU-11 Staaten Bulgarien, Polen und Rumänien. Zu beiden Zeitpunkten sind diese Unterschiede statistisch signifikant.

⁵ In grau dargestellte Werte zeigen Fallzahlen <10; diese werden in dieser als auch in den folgenden Tabellen nicht weitergehend interpretiert.

⁶ Zur eingeschränkten Generalisierbarkeit der Stichprobe siehe 2.

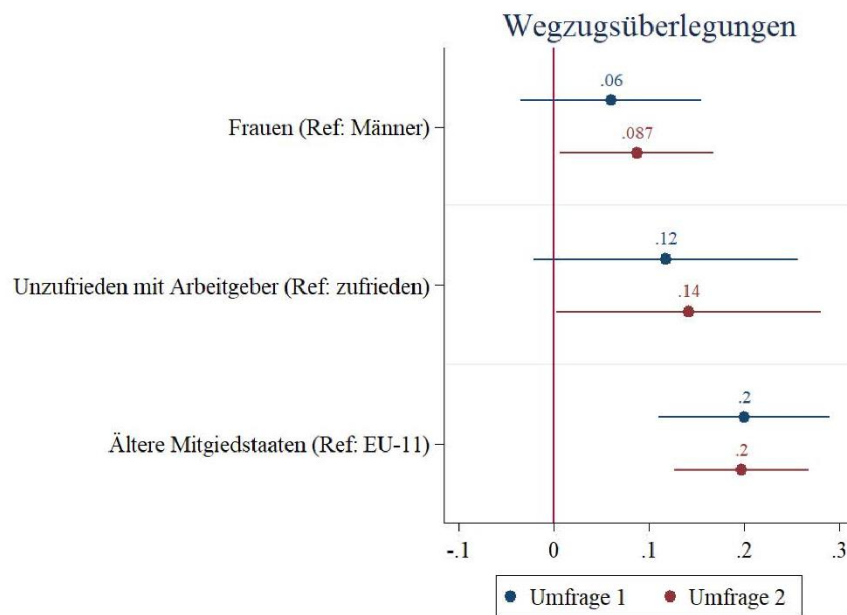


Abbildung 5: Paneldatenmodell zu Wegzugsüberlegungen⁷

Erste Umfrage (n = 595), zweite Umfrage (n = 595). © Minor

Eine mögliche Erklärung für die Varianz nach Staatsangehörigkeit könnte darin bestehen, dass Zugewanderte aus den älteren EU-Mitgliedstaaten über mehr Mobilitätsperspektiven verfügen, d. h. im Schnitt mehr Ressourcen und Möglichkeiten besitzen, um andernorts neu zu starten. Zugleich stellt sich die allgemeine wirtschaftliche Lage in den drei betrachteten Ländern besser da als in den drei Ländern der EU-Osterweiterung. Zugewanderte aus den Ländern der EU-Osterweiterung hingegen kommen aus Ländern, in denen das Wohlstandsgefälle im Vergleich zu Deutschland weiterhin hoch ist – d. h. trotz der Pandemie sind die Lebenschancen in Deutschland für viele von ihnen wahrscheinlich besser, wenngleich in den letzten Jahren insbesondere Polen einen starken wirtschaftlichen Aufschwung erlebte.

4. Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Der massive Anstieg der Arbeitslosigkeit in Berlin zu Beginn der Pandemie, insbesondere unter Zugewanderten aus den älteren Mitgliedstaaten, stellt eine weitere Erklärung für die Beobachtung dar, dass insbesondere Zugewanderte aus diesen Ländern erwägen, Berlin den Rücken zu kehren: So übertrifft die relative Entwicklung der Zahl der Arbeitssuchenden und Arbeitslosen insbesondere unter den italienischen und spanischen Zugewanderten die (ebenfalls hohen)

⁷ Abhängige Variable: „Haben Sie im Zuge der Coronakrise darüber nachgedacht, Berlin zu verlassen?“ (Ja/Nein). Nicht im Modell dargestellte Kontrollvariablen: Art der Beschäftigung (selbstständig, Minijob, SvB), das Alter (18-25; 26-35; 36-45; über 46), das Ankunftszeitpunkt (vor 2010 oder nach 2010), der gleiche Arbeitgeber (ja/nein) und die allgemeine Lebenszufriedenheit (zufrieden/unzufrieden). Das Modell ist vollumfänglich interagiert mit dem Zeitpunkt der Umfragen. Zudem werden robuste, geclusterte Standardfehler geschätzt. Die berechneten Regressionsmodelle sind ungewichtet (für weiterführende Überlegungen zur Thematik siehe Hipp & Bünning 2020: 7).

Werte der drei östlichen EU-Mitgliedstaaten deutlich (Abbildung 6 und Abbildung 7; für eine weiterführende Darstellung s. Behrendt 2021). Dies könnte u. U. darauf zurückzuführen sein, dass insbesondere die Branchen, in denen Beschäftigte aus Italien und Spanien überrepräsentiert sind (bspw. in den Berufsfeldern Tourismus, Hotel und Gaststätten), besonders hart von der Pandemie betroffen sind. Zwar sind auch weitere Berufe, die nicht im Homeoffice ausgeübt werden können – bspw. die Reinigungs- und Sicherheitsberufe, in denen Zugewanderte aus Polen, Bulgarien und Rumänien überdurchschnittlich häufig vertreten sind – negativ von den Auswirkungen der Coronapandemie betroffen. Ein weiteres zentrales Berufsfeld, in dem Zugewanderte aus den drei osteuropäischen Mitgliedstaaten überdurchschnittlich häufig beschäftigt sind, namentlich die Baubranche, ist jedoch bislang vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen (für Berlin, siehe Der Bauunternehmer 2020; für Deutschland, siehe DIW 2021).

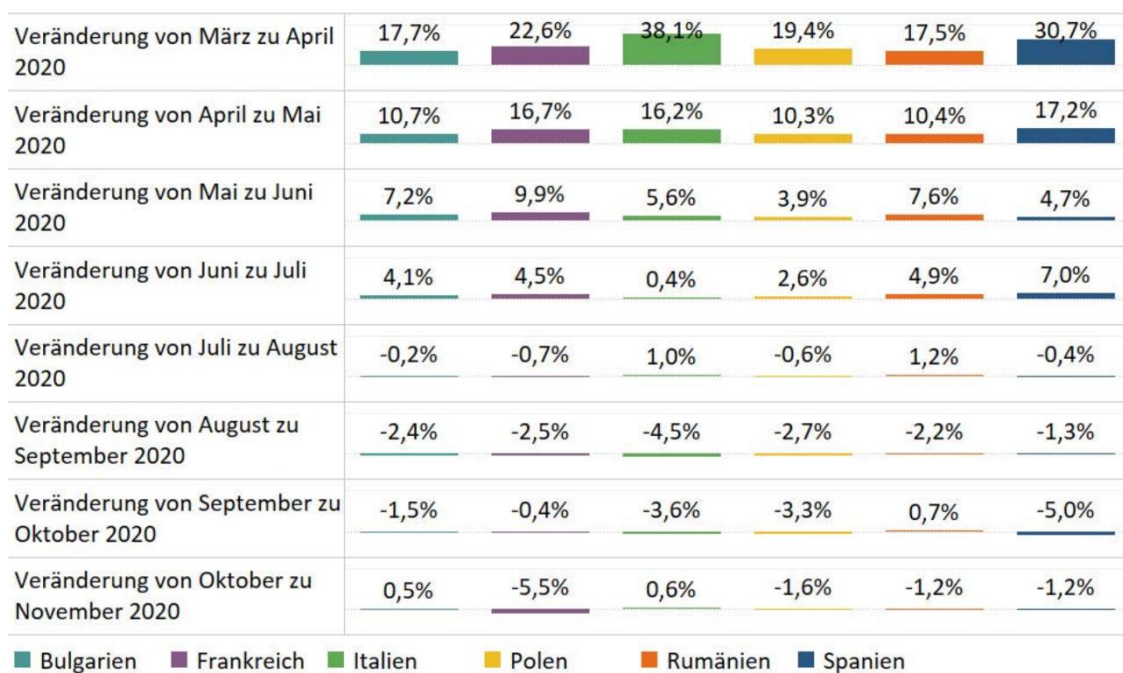


Abbildung 6: Veränderung des Bestands an Arbeitslosen aus EU-Staaten (EU 11/16) in Berlin
 Im Vergleich zum Vormonat, Stichtag jeweils am Ende des Monats. Eigene Darstellung nach BA 2021 © Minor

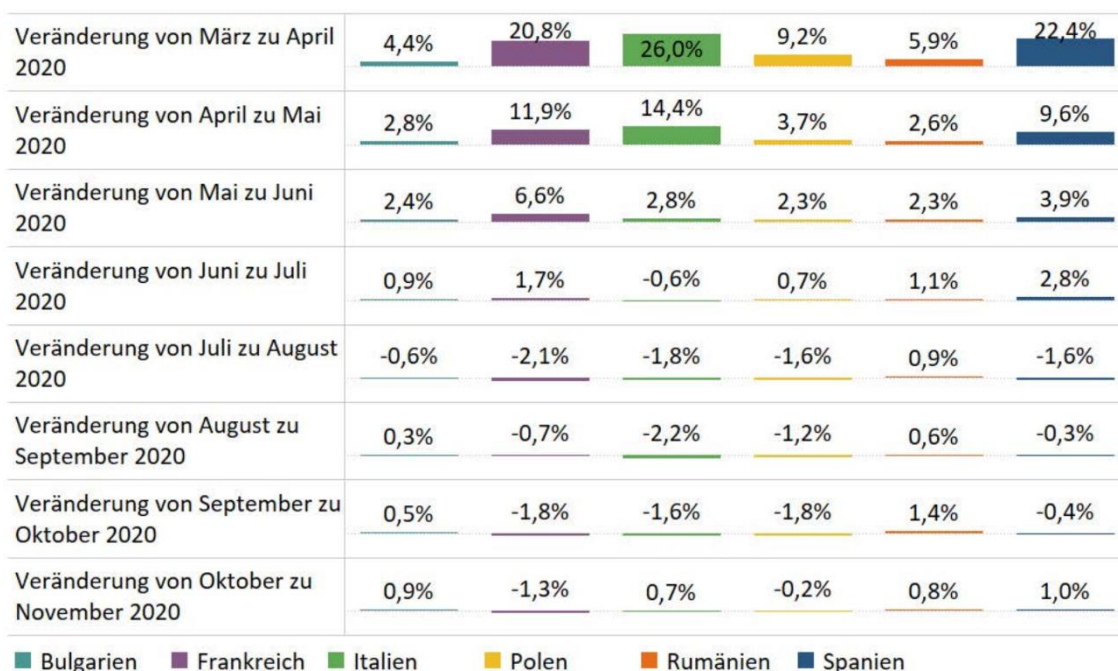


Abbildung 7: Veränderung des Bestands an Arbeitssuchenden aus EU-Staaten (EU 11/16) in Berlin

Im Vergleich zum Vormonat, Stichtag jeweils am Ende des Monats. Eigene Darstellung nach BA 2021 © Minor

Unabhängig von der Staatsangehörigkeit zeigt sich jedoch auch, dass die aktuellen pandemiebedingten Auswirkungen zu besonders starken Folgen am unteren Ende des Qualifikationsspektrums führen: Wenngleich EU-Zugewanderte eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in allen Anforderungsniveaus aufweisen, sind es insbesondere die in Helfer*innentätigkeiten Beschäftigten, unter denen die Arbeitslosigkeit besonders deutlich angestiegen ist. Dabei zeigt sich, dass EU-Zugewanderte aus den älteren Mitgliedstaaten ein deutlich höheres Risiko als die anderen dargestellten Gruppen tragen, die Arbeit zu verlieren (Abbildung 8).

Bei einer vertieften Betrachtung der im Fokus stehenden Zugewanderten der sechs einzelnen Staatsangehörigkeiten wird zudem deutlich, dass insbesondere in Helfer*innentätigkeiten beschäftigte Italiener*innen, Bulgar*innen und Spanier*innen eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit aufweisen. Zudem wird offenbar, dass die Gruppe der Bulgar*innen anforderungsniveauübergreifend den stärksten Zuwachs an Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat. Somit gilt auch für die sechs einzelnen Staatsangehörigkeiten, dass Beschäftigte in Tätigkeiten, die ein höheres Anforderungsniveau voraussetzen, wesentlich geringere Arbeitslosenanteile aufweisen (Abbildung 9).

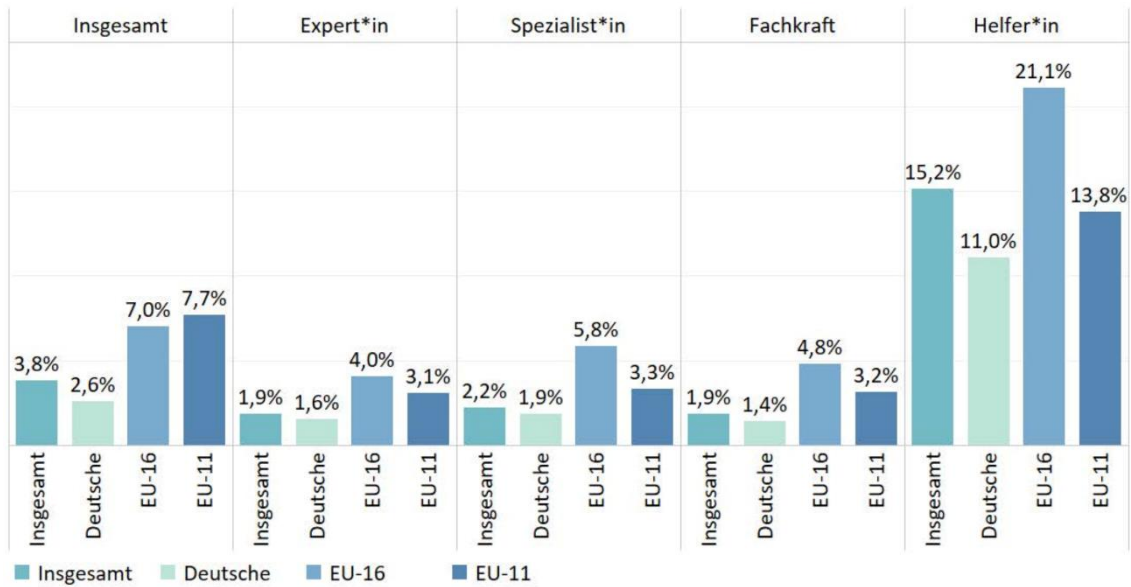


Abbildung 8: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Anforderungsniveau (Ländergruppen)
 Verhältnis der Veränderung der Arbeitslosenzahlen zwischen März 2020 und Februar 2021 zu den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im November 2019. Eigene Berechnung nach BA 2021 © Minor

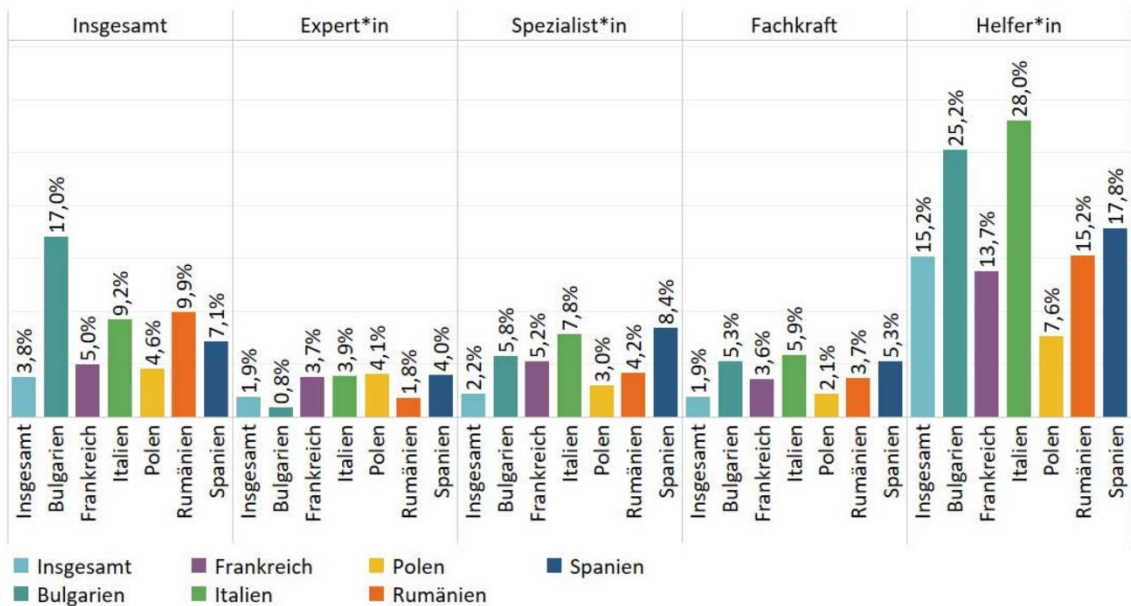


Abbildung 9: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Anforderungsniveau (Einzelstaaten)
 Verhältnis der Veränderung der Arbeitslosenzahlen zwischen März 2020 und Februar 2021 zu den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im November 2019. Eigene Berechnung nach BA 2021 © Minor

5. Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber

Einen ersten wichtigen Anhaltspunkt hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber stellt die Frage dar, ob die befragten EU-Zugewanderten noch bei demselben Arbeitgeber angestellt sind. Zu beiden Erhebungszeitpunkten, also im Sommer und Winter 2020, wurden daher die

Umfrageteilnehmenden, die vor Beginn der Coronapandemie einer Arbeit nachgingen, befragt, ob sie weiterhin bei demselben Arbeitgeber angestellt sind (Abbildung 10 und Abbildung 11).

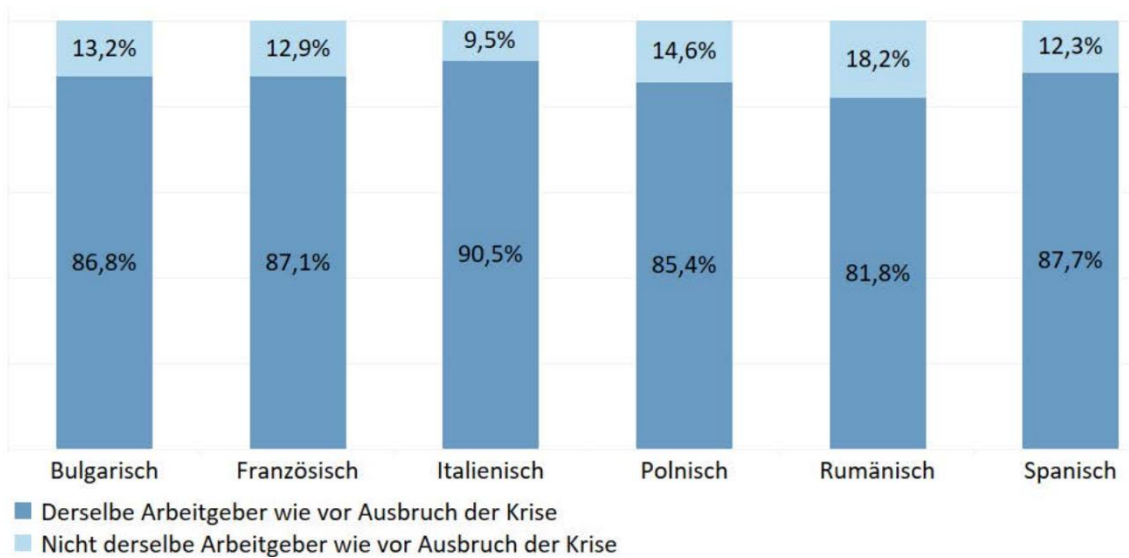


Abbildung 10: Weiterbeschäftigung beim Arbeitgeber nach Staatsangehörigkeit (Erstbefragung)

Antworten auf die Frage: „Sind Sie weiterhin bei demselben Arbeitgeber angestellt wie vor dem Ausbruch der Coronakrise?“; n = 166/155/770/346/120/375. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

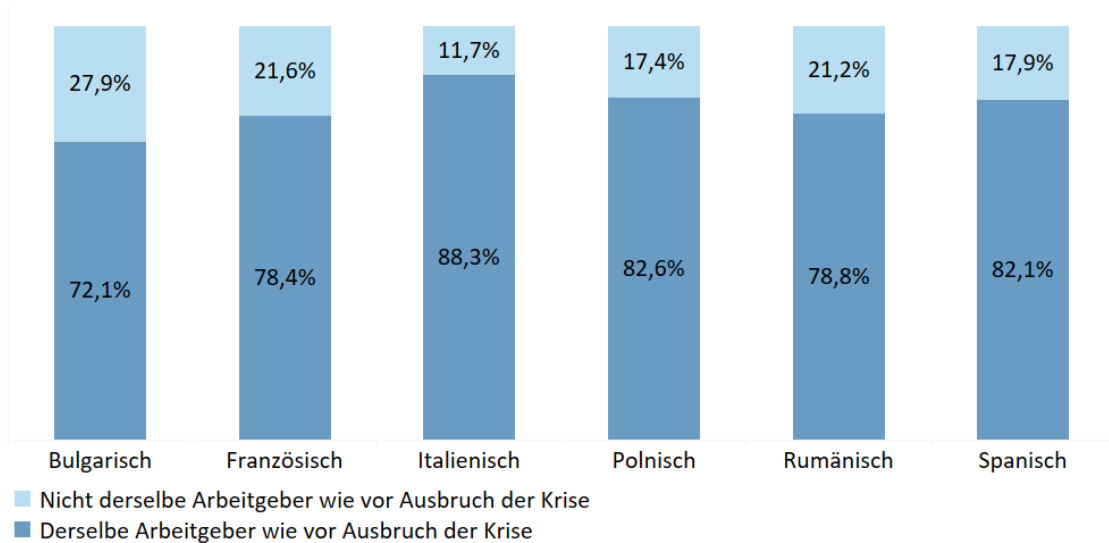


Abbildung 11: Weiterbeschäftigung beim Arbeitgeber nach Staatsangehörigkeit (Zweitbefragung)

Antworten auf die Frage: „Sind Sie weiterhin bei demselben Arbeitgeber angestellt wie vor dem Ausbruch der Coronakrise?“; n = 13/38/146/48/18/97. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

Gaben zum ersten Zeitpunkt bereits zwischen einem Zehntel und einem knappen Fünftel der Befragten an, nicht mehr über dieselbe Arbeitsstelle zu verfügen, so verschärfte sich die Situation zum zweiten Erhebungszeitpunkt nochmals. Mittlerweile verfügt zwischen über einem Zehntel (Italiener*innen, 11,7%) und über einem Viertel (Bulgar*innen, 27,9%) nicht mehr über

dieselbe Arbeitsstelle. Insbesondere bei Bulgar*innen (Abnahme um 14,7 %), Französ*innen (Abnahme um 8,7 %) und Spanier*innen (Abnahme um 5,6 %) zeigte sich ein starker Arbeitgeberwechsel zwischen dem ersten und zweiten Erhebungszeitpunkt.

Sowohl zum ersten als auch zum zweiten Erhebungszeitpunkt wurden all jene, die weiterhin bei ihrem Arbeitgeber beschäftigt sind, zudem dazu befragt, welche Maßnahmen dieser seit Beginn der Coronakrise implementiert hat. Zum zweiten Befragungszeitpunkt befinden sich weiterhin zwischen einem knappen Zehntel (Französ*innen, 8,6 %) und einem knappen Drittel (Rumän*innen, 31,5 %) in Kurzarbeit. Auffällig ist hierbei, dass bei Französ*innen (Abnahme um 21,5%), Italiener*innen (Abnahme um 23,1 %), Pol*innen (Abnahme um 18,7 %) sowie Spanier*innen (Abnahme um 16,6 %) ein deutlicher Rückgang der Kurzarbeit zwischen dem ersten und zweiten Erhebungszeitpunkt zu verzeichnen ist, wohingegen diese Maßnahme bei Rumän*innen (Zunahme um 8 %) eine deutliche Zunahme erfuhr. Die Möglichkeit, von zu Hause aus arbeiten zu können, nahm zwischen dem ersten und zweiten Erhebungszeitpunkt vor allem bei Französ*innen (- 22 %) sowie Spanier*innen (- 8,1 %) ab. Einen deutlichen Zuwachs dieser Möglichkeit war hingegen bei Personen mit rumänischer (+ 16,7 %) und polnischer (+ 6,8 %) Staatsbürgerschaft zu verzeichnen (Tabelle 3 und Tabelle 4).

Tabelle 3: Maßnahmen des Arbeitgebers nach Ausbruch der Coronakrise (Erstbefragung)

n = 140/136/680/294/98/331. Mehrfachantworten möglich. Daten nach Geschlecht gewichtet
© Minor

Staatsangehörigkeit	Kurzarbeit	Flexible Arbeitszeiten	Homeoffice	Unbezahlte Freistellung	Angeordneter Urlaub	Entschädigung wegen vorübergehender Schließung	Sonstiges
Bulgarisch	32,1%	21,4%	17,1%	0,7%	2,9%	3,6%	30,7%
Französisch	30,1%	31,6%	73,5%	1,5%	12,5%	0,7%	7,4%
Italienisch	34,4%	25,4%	52,9%	1,3%	6,5%	2,1%	11,5%
Polnisch	33,0%	28,2%	38,4%	0,7%	3,7%	12,2%	14,6%
Rumänisch	23,5%	25,5%	31,6%	4,1%	3,1%	4,1%	24,5%
Spanisch	32,6%	26,9%	52,6%	0,9%	7,3%	0,9%	11,5%

Tabelle 4: Maßnahmen des Arbeitgebers nach Ausbruch der Coronakrise (Zweitbefragung)⁸

n = 7/36/141/43/19/85. Mehrfachantworten möglich. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

Staatsangehörigkeit	Kurzarbeit	Kündigung durch Arbeitgeber	Flexible Arbeitszeiten	Homeoffice	Unbezahlt freigestellt	Urlaub	Sonstiges
Bulgarisch	33,4%	22,4%	11,1%	33,2%	0,0%	0,0%	0,0%
Französisch	8,6%	0,0%	25,9%	51,5%	0,0%	12,1%	1,9%
Italienisch	11,3%	0,0%	25,6%	53,8%	0,0%	9,3%	0,0%
Polnisch	14,3%	0,0%	27,3%	45,2%	1,2%	5,9%	6,0%

⁸ Fallzahlen <10 werden in grau gezeigt und nicht weiter ausgewertet.

Staatsangehörigkeit	Kurzarbeit	Kündigung durch Arbeitgeber	Flexible Arbeitszeiten	Homeoffice	Unbezahlt freigestellt	Urlaub	Sonstiges
Rumänisch	31,5%	0,0%	16,8%	48,3%	3,4%	0,0%	0,0%
Spanisch	16,0%	0,0%	34,4%	44,5%	0,0%	5,1%	0,0%

Insgesamt zeigen sich die Befragten auch zum zweiten Zeitpunkt überwiegend zufrieden bzw. eher zufrieden mit dem Verhalten ihres Arbeitgebers während der Coronapandemie. Dabei geben mindestens 75 % der Umfrageteilnehmer*innen aller Staatsangehörigkeiten dies an. Ein deutlicher Zuwachs bei der Zufriedenheit mit dem Umgang des Arbeitgebers mit der Coronakrise im Vergleich des ersten und zweiten Erhebungszeitpunktes zeigt sich bei Pol*innen sowie Bulgar*innen. Jedoch zeigt sich bei Pol*innen, Französ*innen sowie Italiener*innen auch eine Zunahme derer, die eher unzufrieden mit dem Umgang ihres Arbeitgebers mit der Coronakrise sind (Tabelle 5 und Tabelle 6).

Tabelle 5: Zufriedenheit mit dem Umgang des Arbeitgebers mit der Coronakrise (Erstbefragung)

n = 134/132/666/281/93/320. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

Staatsangehörigkeit	Unzufrieden	Eher unzufrieden	Eher zufrieden	Zufrieden
Bulgarisch	8,0 %	6,8 %	38,8 %	46,5 %
Französisch	2,8 %	9,5 %	44,1 %	43,6 %
Italienisch	6,6 %	11,4 %	38,4 %	43,6 %
Polnisch	7,3 %	9,6 %	37,2 %	45,9 %
Rumänisch	10,3 %	7,9 %	32,0 %	49,8 %
Spanisch	5,6 %	12,2 %	44,4 %	37,8 %

Tabelle 6: Zufriedenheit mit dem Umgang des Arbeitgebers mit der Coronakrise (Zweitbefragung)

n = 10/29/119/38/15/77. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

Staatsangehörigkeit	Unzufrieden	Eher unzufrieden	Eher zufrieden	Zufrieden
Bulgarisch	15,5%	7,7%	30,6%	46,3%
Französisch	-	15,9%	51,5%	32,6%
Italienisch	6,1%	18,3%	39,0%	36,6%
Polnisch	1,7%	14,7%	24,7%	58,9%
Rumänisch	23,7%	-	39,7%	36,5%
Spanisch	4,7%	12,4%	50,4%	32,5%

Trotz der durchschnittlich hohen Zufriedenheitswerte zeigt die steigende Unzufriedenheit insbesondere unter den Pol*innen, Französ*innen und Italiener*innen, dass in diesem Feld Handlungsbedarf besteht. Erkennbar auf der Grundlage der statistischen Modelle wird zudem, dass für Frauen eine höhere Wahrscheinlichkeit als bei Männern besteht, unzufrieden mit dem

Arbeitgeber zu sein. Allerdings ist dies kein statistisch signifikanter Befund und somit nur bedingt interpretierbar (Abbildung 12).

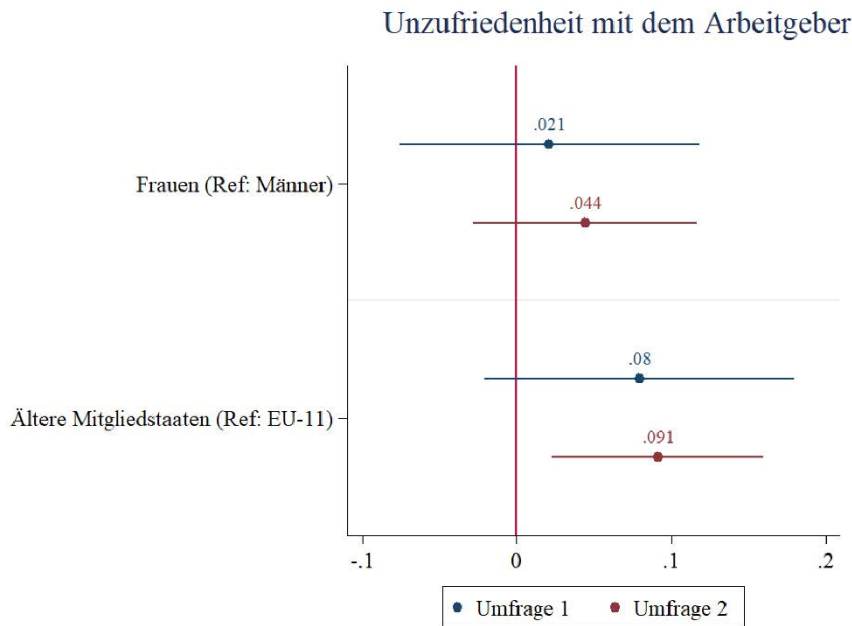


Abbildung 12: Paneldatenmodell zu Unzufriedenheit mit dem Umgang des Arbeitgebers mit der Coronakrise⁹

Erste Umfrage (n = 597), zweite Umfrage (n = 597). © Minor

Es zeigt sich darüber hinaus, dass Personen aus den drei älteren Mitgliedstaaten im Schnitt unzufriedener sind als Personen aus den drei Mitgliedstaaten der EU-Osterweiterung. Zum zweiten Befragungszeitpunkt liegt die Wahrscheinlichkeit um 9 % höher und ist statistisch signifikant.

6. Allgemeine Lebenszufriedenheit

Im Zuge der Befragungen wurden die teilnehmenden Personen um eine Gesamteinschätzung hinsichtlich der Veränderung ihrer eigenen Lebenssituation durch die Coronakrise gebeten. Beim genaueren Blick auf das Antwortverhalten zeigt sich, dass zum zweiten Erhebungszeitpunkt insbesondere Personen mit bulgarischer und rumänischer Staatsangehörigkeit eine starke oder eher starke Verschlechterung ihrer Lebenssituation in Berlin wahrnehmen. Sie gaben dies zu jeweils mindestens 55 % in der Befragung an. Zwischen dem ersten und zweiten Erhebungszeitpunkt ist bei ihnen besonders auffällig, dass die Angabe „eher verschlechtert“ stark

⁹ Abhängige Variable: „Wie zufrieden sind Sie mit dem Umgang Ihres Arbeitgebers mit der Coronakrise?“ (zufrieden oder eher zufrieden vs. eher unzufrieden oder unzufrieden). Nicht im Modell dargestellte Kontrollvariablen: Art der Beschäftigung (Selbstständigkeit, geringfügige Beschäftigung, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung), das Alter (18-25; 26-35; 36-45; über 46), das Ankunftsdatum (vor 2010/nach 2010), der gleiche Arbeitgeber (ja/nein) und die allgemeine Lebenszufriedenheit (zufrieden/unzufrieden). Das Modell ist vollumfänglich interagiert mit dem Zeitpunkt der Umfragen. Zudem werden robuste, geclusterte Standardfehler geschätzt. Die berechneten Regressionsmodelle sind ungewichtet (für weiterführende Überlegungen zur Thematik siehe Hipp & Bünning 2020: 7).

zugenommen hat. Gegenteiliges gilt für Französ*innen, Italiener*innen, Spanier*innen sowie Pol*innen: Sie geben zu mindestens 54 % an, dass sich ihre Situation durch die Coronakrise kaum bzw. nicht verändert oder sogar verbessert hat. Auffällig ist jedoch, dass zum zweiten Befragungszeitpunkt Zugewanderte aus Polen und Spanien auch die höchsten Werte in der Kategorie „stark verschlechtert“ aufweisen. Die Unterschiede in der Lebenszufriedenheit zwischen befragten Unionsbürger*innen verschiedener Nationalitäten scheinen sich somit im Zeitverlauf zu verstärken (Tabelle 7 und Tabelle 8).

Tabelle 7: Veränderung der Lebenssituation durch die Coronakrise (Erstbefragung)

n = 304/266/1.194/533/225/578. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

Staatsangehörigkeit	Sogar verbessert	Kaum/ nicht verändert	Eher verschlechtert	Stark verschlechtert
Bulgarisch	3,9 %	39,4 %	42,5 %	14,2 %
Französisch	5,9 %	42,1 %	36,6 %	15,4 %
Italienisch	6,7 %	50,4 %	35,2 %	7,7 %
Polnisch	7,2 %	45,2 %	30,9 %	16,7 %
Rumänisch	4,9 %	36,1 %	37,5 %	21,5 %
Spanisch	3,8 %	35,7 %	40,2 %	20,3 %

Tabelle 8: Veränderung der Lebenssituation durch die Coronakrise (Zweitbefragung)

n = 22/53/209/66/25/146. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

Staatsangehörigkeit	Sogar verbessert	Kaum/ nicht verändert	Eher verschlechtert	Stark verschlechtert
Bulgarisch	-	20,7%	69,1%	10,3%
Französisch	12,7%	43,3%	37,1%	6,9%
Italienisch	12,5%	46,1%	34,1%	7,3%
Polnisch	14,3%	58,9%	13,5%	13,2%
Rumänisch	6,4%	31,8%	57,5%	4,3%
Spanisch	7,2%	51,1%	28,3%	13,4%

Aus den Antworten der Umfrageteilnehmenden lässt sich ableiten, dass zum zweiten Erhebungszeitpunkt vor allem ein Mangel an Kenntnissen des deutschen Arbeitsrechts, Wissen über staatliche Corona-Hilfsmaßnahmen und über den Zugang zu Sozialleistungen sowie ein unzureichendes soziales Netzwerk als Herausforderungen wahrgenommen werden. Nach Nationalität betrachtet fällt hierbei auf, dass Bulgar*innen die soeben beschriebenen Problemlagen als weniger große Herausforderungen wahrnehmen als der Rest der befragten Personen. Für sie scheinen jedoch eine finanzielle Not und die Sorge um die Wohnung von größerer Bedeutung zu sein. Für Rumän*innen hingegen stellt insbesondere ein Mangel an Kenntnissen des deutschen Arbeitsrechts ein Problem dar. Staatsangehörigkeitsübergreifend lässt sich feststellen, dass die Befragten die genannten Themenfelder (Kenntnisse des deutschen Arbeitsrechts, Wissen über staatliche Corona-Hilfsmaßnahmen und über den Zugang zu Sozialleistungen, unzureichendes soziales Netzwerk) zum zweiten Umfragezeitpunkt durchweg als weniger herausfordernd wahrnehmen als zum ersten Erhebungszeitpunkt. Es zeigt sich somit im Zeitverlauf, dass zentrale, arbeitsmarktrelevante Informationslücken abgenommen haben und das Gefühl der sozialen

Einbindung im privaten Bereich gestiegen ist. Auch im Hinblick auf die befragten Zugewanderten Personen aus Bulgarien zeigt sich, dass die finanzielle Not und die Sorge um den Wohnraum als weniger herausfordernd wahrgenommen werden. Eine Ausnahme stellen die befragten Rumän*innen hinsichtlich der Kenntnisse des deutschen Arbeitsrechts dar (diese Thematik wird zum zweiten Erhebungszeitpunkt als noch herausfordernder wahrgenommen) sowie die befragten Pol*innen hinsichtlich des sozialen Netzwerkes (keine Veränderung des Mittelwertes im Zeitverlauf) (Abbildung 13 und Abbildung 14).¹⁰

¹⁰ **Mangel an Kenntnissen des deutschen Arbeitsrechts:** Bulgar*innen (Abnahme des Mittelwerts von 2,9 auf 2,4); Pol*innen (Abnahme des Mittelwerts von 2,9 auf 2,7); Rumän*innen (Zunahme des Mittelwerts von 3,3 auf 3,5); Spanier*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,6 auf 2,9); Französ*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,4 auf 2,9); Italiener*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,4 auf 3,0); **Wissen über staatliche Corona-Hilfsmaßnahmen:** Bulgar*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,1 auf 2,0); Pol*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,1 auf 2,7); Rumän*innen (Abnahme des Mittelwerts 3,4 auf 2,5); Spanier*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,3 auf 2,8); Französ*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,3 auf 2,9); Italiener*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,0 auf 2,6); **Wissen über Zugang zu Sozialleistungen:** Bulgar*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,1 auf 2,1); Pol*innen (Abnahme des Mittelwerts von 2,9 auf 2,7); Rumän*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,3 auf 2,9); Spanier*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,4 auf 2,7); Französ*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,5 auf 3,0); Italiener*innen (Abnahme des Mittelwerts von 2,9 auf 2,5); **Unzureichendes soziales Netzwerk:** Bulgar*innen (Abnahme des Mittelwerts von 2,9 auf 1,5); Pol*innen (Keine Veränderung des Mittelwertes von 3,0 im Zeitverlauf); Rumän*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,3 auf 2,9); Spanier*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,1 auf 2,5); Französ*innen (Abnahme des Mittelwerts von 2,9 auf 2,0); Italiener*innen (Abnahme des Mittelwerts von 2,7 auf 2,4); **Finanzielle Not:** Bulgar*innen (Abnahme des Mittelwerts von 3,0 auf 2,3); **Sorge um Wohnung:** Bulgar*innen (Abnahme des Mittelwerts von 2,0 auf 1,8). Eingrenzend für diese positive Entwicklung bleibt jedoch festzuhalten, dass die Stichprobe der Zweitbefragung deutlich kleiner ausfällt als die der Erstbefragung. Faktoren wie Selbstselektion, höhere Motivation und mehr zeitliche Ressourcen zur erneuten Teilnahme an der Umfrage seitens der Befragten könnten die dargestellten Ergebnisse beeinflussen.

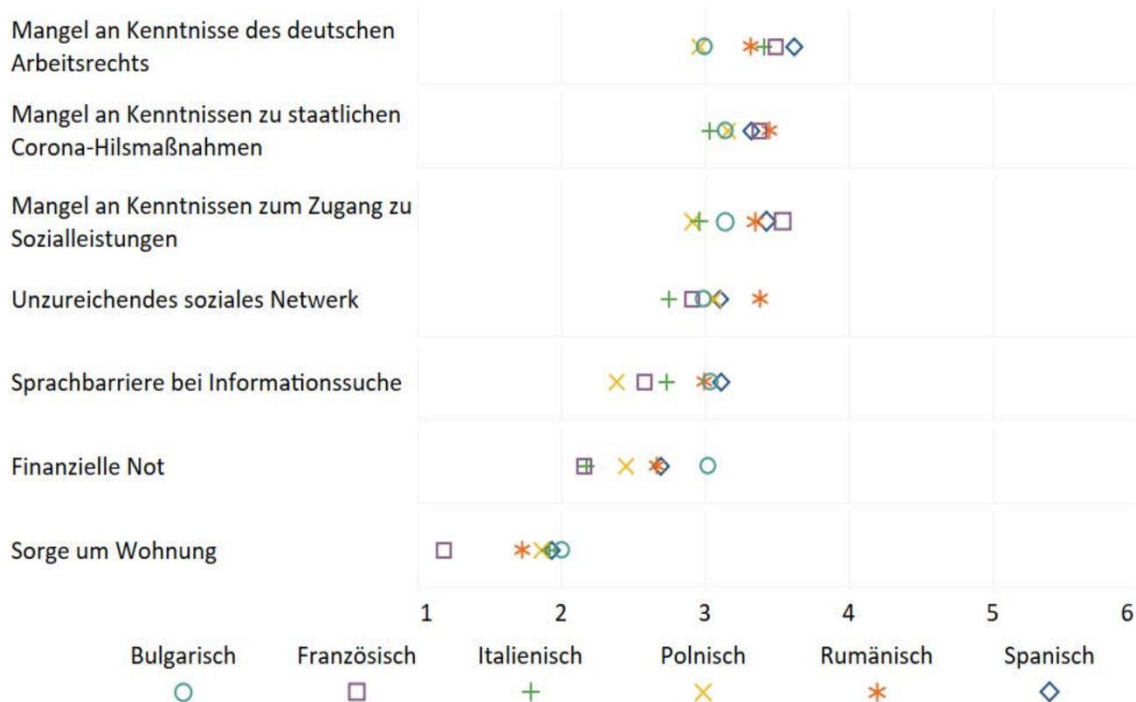


Abbildung 13: Herausforderungen während der Coronakrise (Erstbefragung)

Mittelwerte auf Basis der Skala von 1 (keine Herausforderung) bis 6 (große Herausforderung) n = 143-178/213-222/1002-1027/400-422/124-155/493-509. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

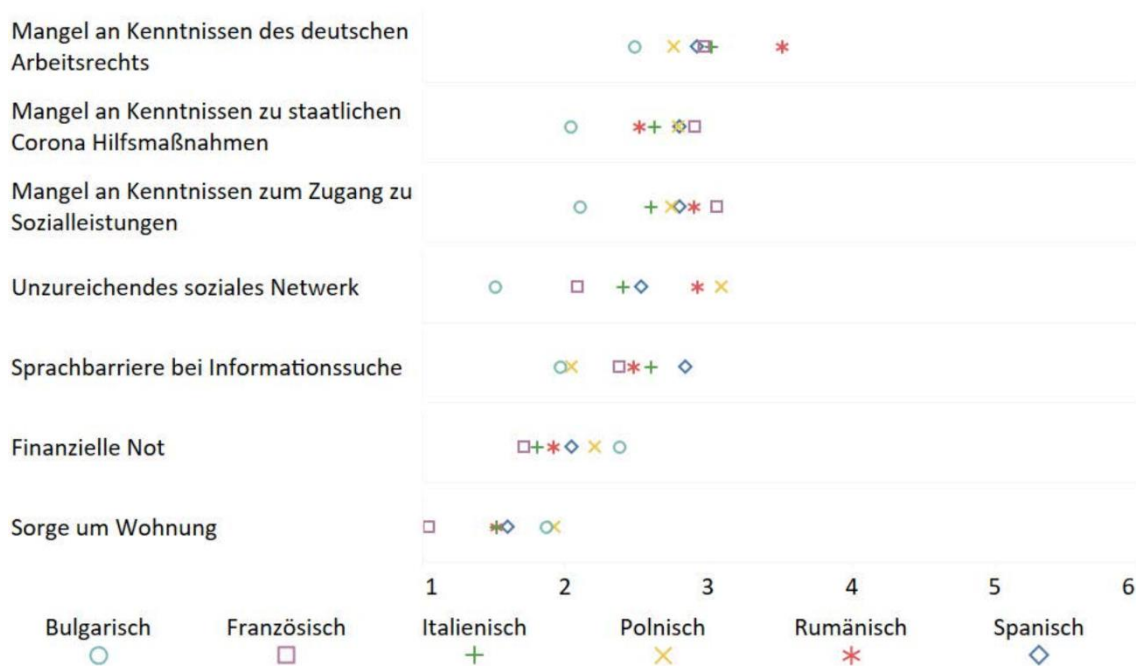


Abbildung 14: Herausforderungen während der Coronakrise (Zweitbefragung)

Mittelwerte auf Basis der Skala von 1 (keine Herausforderung) bis 6 (große Herausforderung) n=22-209/22-209/22-209/22-209/22-209/22-209. Daten nach Geschlecht gewichtet © Minor

Bei einer tiefergehenden statistischen Betrachtung der Lebenssituation zeigt sich, dass insbesondere Personen, die unzufrieden mit dem Arbeitgeber sind, eine deutlich höhere und zu

beiden Umfragezeitpunkten statistisch signifikante Wahrscheinlichkeit aufweisen, unzufrieden mit ihrer Lebenssituation zu sein. Im Vergleich zu mit ihrem Arbeitgeber zufriedenen Personen besteht für die Gruppe der unzufriedenen Personen zum ersten Umfragezeitpunkt eine um 34 % höhere Wahrscheinlichkeit, auch unzufrieden mit ihrer Lebenssituation zu sein. Diese Unzufriedenheit im Vergleich zu Personen, die zufrieden mit ihrem Arbeitgeber sind, steigert sich sogar noch im Zeitverlauf: Zum Zeitpunkt der zweiten Umfrage liegt diese Unzufriedenheit um 2 Prozentpunkte höher bei 36 % (Abbildung 15).

Interessanterweise zeigt das statistische Modell zudem, dass der Unterschied zwischen Frauen und Männern nicht signifikant ausfällt. Dies widerspricht in Teilen der Literatur hinsichtlich der genderspezifischen Ungleichheiten der Pandemie, die bspw. für in Deutschland lebende Frauen eine höhere Unzufriedenheit mit dem Familien-, Erwerbs- und allgemeinen Leben aufzeigt (Hipp/Bünning 2020). Auch andere Studien zeigen, dass Frauen eine steigende mentale Belastung in Zeiten des Lockdowns zu schultern hatten (Czymara et al. 2020).

Da auf Grundlage der vorliegenden Daten jedoch keine weitere Differenzierung hinsichtlich wichtiger weitergehender Fragen möglich ist, müssen die vorläufigen Ergebnisse des Working Papers mit Vorsicht betrachtet werden. Relevant wäre in dieser Hinsicht bspw. ob die befragten Frauen Verantwortung für Kinder tragen (was in Zeiten des Lockdowns eine zusätzliche Bürde im Hinblick auf die Kinderbetreuung bedeuten würde) oder ob und in welcher Art der Partnerschaft sich die befragten Frauen befinden (was in Zeiten der steigenden Arbeitslosigkeit einen finanziellen Sicherheitsfaktor aufgrund des ggf. höheren Haushaltseinkommens darstellen kann). Des Weiteren erscheinen auch die Berufsfelder, in denen die befragten Frauen arbeiten mit Blick auf die Frage der Lebenszufriedenheit bedeutsam: Mehrheitlich von Frauen ausgeübte Berufe wie die Altenpflege, der Bereich Erziehung und Sozialarbeit, der Einzelhandel, das Gastgewerbe sowie Friseur- und Kosmetiksalons sind am stärksten von Corona Einschränkungen betroffen und zeichnen sich durch ein erhöhtes Infektionsrisiko aus (s. statistisches Bundesamt 2021).

Anhand des in diesem Working Paper genutzten statistischen Modells zeigt sich zudem, dass Wegzugsüberlegungen nicht zwangsläufig bedeuten müssen, dass auch eine geringere Unzufriedenheit mit dem Leben im Allgemeinen besteht: Wenngleich Zugewanderte aus den älteren Mitgliedstaaten eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, über einen Fortzug aus Berlin nachzudenken, zeigt sich, dass kein statistisch signifikanter Unterschied zwischen diesen Staatsangehörigen und den Zugewanderten aus Bulgarien, Polen und Rumänien im Hinblick auf die allgemeine Lebenszufriedenheit besteht. Auch dieses Ergebnis kann als Indiz für die Vermutung gewertet werden, dass die Wegzugsüberlegungen eng verbunden sind mit besseren Mobilitätsperspektiven für Unionsbürger*innen aus den drei älteren Mitgliedstaaten.

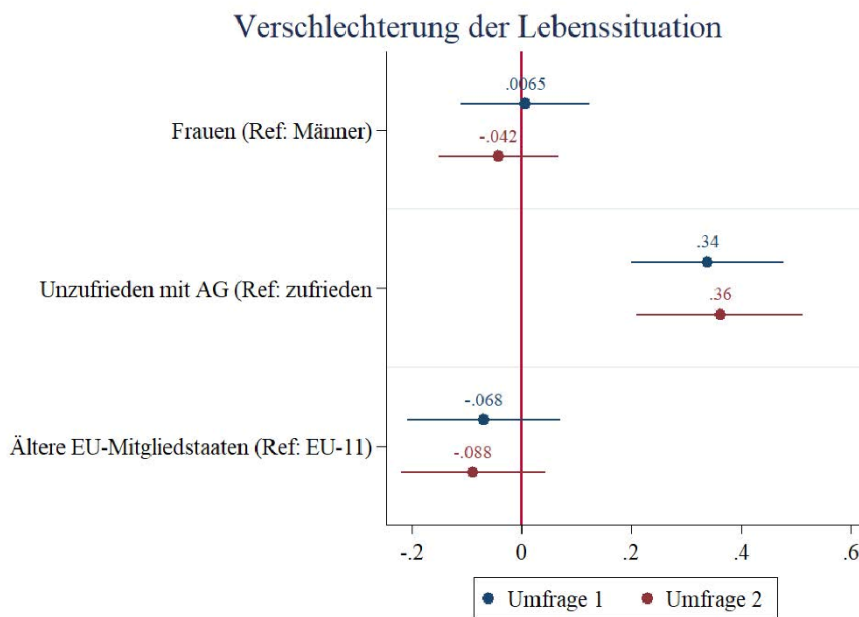


Abbildung 15: Paneldatenmodell zur Verschlechterung der Lebenssituation durch die Coronakrise¹¹

Erste Umfrage (n = 597), zweite Umfrage (n = 597).

7. Ausblick

Knapp ein Jahr ist vergangen, seitdem im Rahmen der Pandemiebekämpfung das wirtschaftliche und öffentliche Leben in Berlin mehrfache, massive Einschränkungen erfahren hat. Trotz der ermutigenden Fortschritte im Hinblick auf die Entwicklung und den Einsatz von Impfstoffen ist ein Ende der Pandemie noch nicht absehbar. Die allgemeinen Konjunkturdaten zeigen, dass die deutsche Wirtschaft bislang im europäischen Vergleich einigermaßen glimpflich durch die Pandemie gekommen ist: So liegt die Erwerbslosenquote deutlich unter dem europäischen Durchschnitt, was u. a. an den staatlichen Hilfsprogrammen wie bspw. dem Kurzarbeitergeld liegen dürfte.¹²

Jedoch zeigt sich auch, dass die aktuelle Pandemie insbesondere eine Krise für jüngere Arbeitnehmende und Berufseinsteiger*innen ist: Während die unmittelbaren gesundheitlichen

¹¹ Abhängige Variable: „Wie bewerten Sie die Veränderung Ihrer Lebenssituation in Berlin durch die Coronakrise?“ (stark verschlechtert oder eher verschlechtert vs. kaum/nicht verändert oder sogar verbessert). Nicht im Modell dargestellte Kontrollvariablen: Art der Beschäftigung (Selbstständigkeit, geringfügige Beschäftigung, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung), Alter (18-25; 26-35; 36-45; über 46 Jahre), Ankunftszeitpunkt (vor 2010 oder nach 2010), der gleiche Arbeitgeber (ja/nein). Das Modell ist vollumfänglich interagiert mit dem Zeitpunkt der Umfragen. Zudem werden robuste, geclusterte Standardfehler geschätzt. Die berechneten Regressionsmodelle sind ungewichtet (für weiterführende Überlegungen zur Thematik siehe Hipp & Bünning 2020: 7).

¹² Trotz der robusten Konjunkturdaten und dem enormen finanziellen Gesamtumfang der verabschiedeten Hilfspakete bleibt jedoch zu beachten, dass viele Selbstständige und Unternehmen noch keinen vollumfänglichen Zugang zu den Hilfgeldern erhalten haben und auch die Höhe der Zahlungen seitens unterschiedlicher Akteure als unzureichend kritisiert wird.

Auswirkungen der Pandemie insbesondere die ältere Bevölkerung treffen, sind jüngere Beschäftigte unter 25 Jahren deutlich stärker von negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen. Im Durchschnitt betrachtet fällt die europäische Jugenderwerbslosenquote mehr als doppelt so hoch aus wie die europäische Erwerbslosenquote der Gesamtbevölkerung. Dies lässt sich u. a. mit der häufigeren Befristung von jüngeren Arbeitnehmenden und der geringeren Berufserfahrung erklären. Auch im Hinblick auf diesen Indikator hat sich jedoch die Arbeitsmarktsituation in Deutschland als robust erwiesen (Abbildung 16 und Abbildung 17).

Ein wesentlicher Unterschied zwischen der aktuellen Coronakrise und anderen Konjunkturkrisen der Vergangenheit besteht darin, dass insbesondere der Dienstleistungssektor und das verarbeitende Gewerbe überdurchschnittlich hart getroffen sind (Brücker 2020). Ein Blick auf den europäischen Dienstleistungssektor zeigt, dass neben schweren Verlusten insbesondere in der Reisebranche (bspw. die Luftfahrtunternehmen, Beherbergungsunternehmen oder Reiseveranstalter) oder der Kulturbranche und Unterhaltungsindustrie auch starke Zunahmen im Hinblick auf die Umsatzentwicklung von Post-, Kurier- und Expressdiensten zu verzeichnen sind (Destatis 2021). Deutlich wird jedoch, dass der Umsatzindex (kalenderbereinigt, Veränderungsrate zum Vorjahresquartal) für den Dienstleistungssektor¹³ in allen EU-Mitgliedstaaten kräftig gefallen ist. Trotz der erheblichen Einbußen verlief die Entwicklung in Deutschland im Jahr 2020 weniger verlustreich als im europäischen Durchschnitt (Abbildung 18).

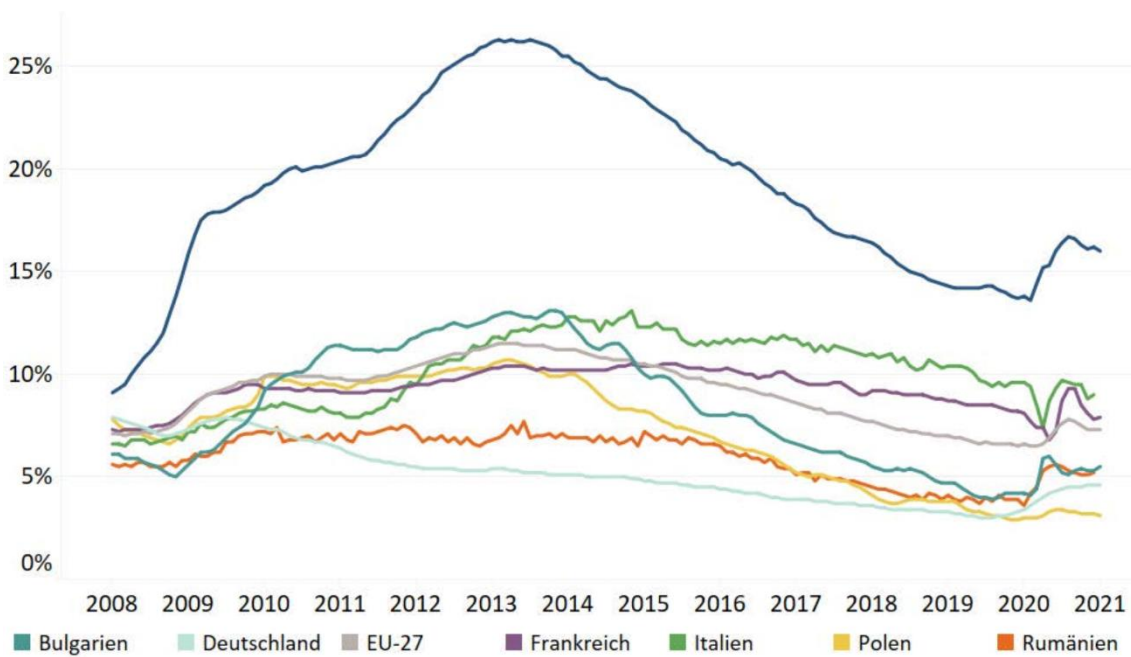


Abbildung 16: Erwerbslosenquote in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Anteil der erwerbslosen Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 bis 74 Jahren an der Erwerbsbevölkerung in %. Eigene Darstellung nach Eurostat 2021a © Minor

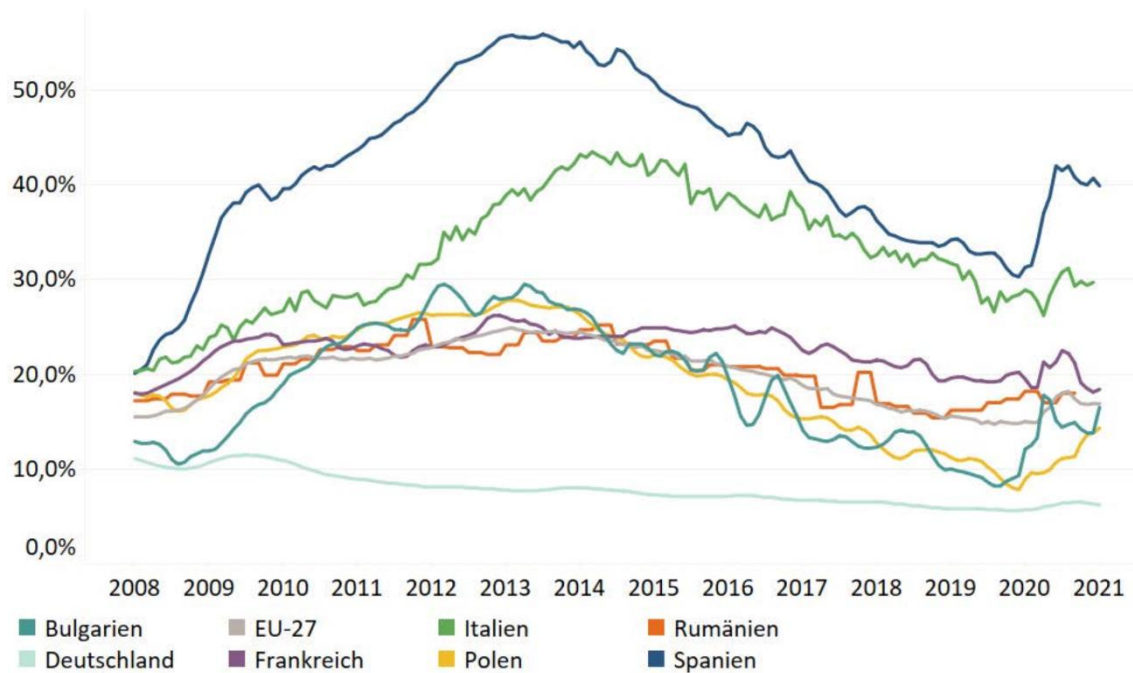


Abbildung 17: Jugenderwerbslosenquote in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Anteil der erwerbslosen Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 bis 24 Jahren an der Erwerbsbevölkerung in %. Eigene Darstellung nach Eurostat 2021a © Minor

Auch der europäische Einzelhandel ist im Jahr 2020 durch starke Verluste gekennzeichnet. Dies lässt sich insbesondere auf die Schließung des stationären Einzelhandels während der unterschiedlichen Lockdown-Phasen in der EU zurückführen. Interessanterweise stellt sich jedoch auch hier die deutsche Wirtschaft als krisenfest heraus: So zeigt der harmonisierte preisbereinigte Umsatzindex im Einzelhandel (ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen), dass in den meisten Monaten des Jahres 2020 Gewinne im Vergleich zu den Vorjahresquartalen erzielt werden konnten. Eine Ausnahme stellt der scharfe Abfall im April 2020 von - 5,3 % im Vergleich zum Vorjahresmonat dar. Laut des Statistischen Bundesamts lässt sich dies u. a. mit den Umsatzzuwächsen in Supermärkten, Apotheken, Drogerien sowie im Internethandel erklären. Jedoch zeigen die Konjunkturdaten auch, dass insbesondere das Weihnachtsgeschäft deutliche Verluste mit sich brachte (Abbildung 19).

Diese insgesamt robuste Entwicklung der deutschen Wirtschaft könnte – wie bereits im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2008 – zu einer Umlenkung der (europäischen) Erwerbsmigration nach Deutschland führen (Brücker 2020). Offenkundig ist, dass der deutsche Arbeitsmarkt auch weiterhin aufgrund der schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dringend auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesenen bleibt.

Auch Berlin dürfte von einer solchen Entwicklung maßgeblich betroffen sein: Vergangene Phasen der Erwerbsmigration zeigen, dass die Hauptstadt einen zentralen Magneten für die europäische Erwerbszuwanderung darstellt. Wenngleich ein solches Szenario zunächst die Erholung des Berliner Arbeitsmarktes voraussetzt und nicht unabhängig von der breiteren konjunkturellen Lage gedacht werden kann, besteht die Möglichkeit, dass die EU-Zuwanderung nach Berlin nach Ende der Pandemie wieder an Fahrt aufnimmt.

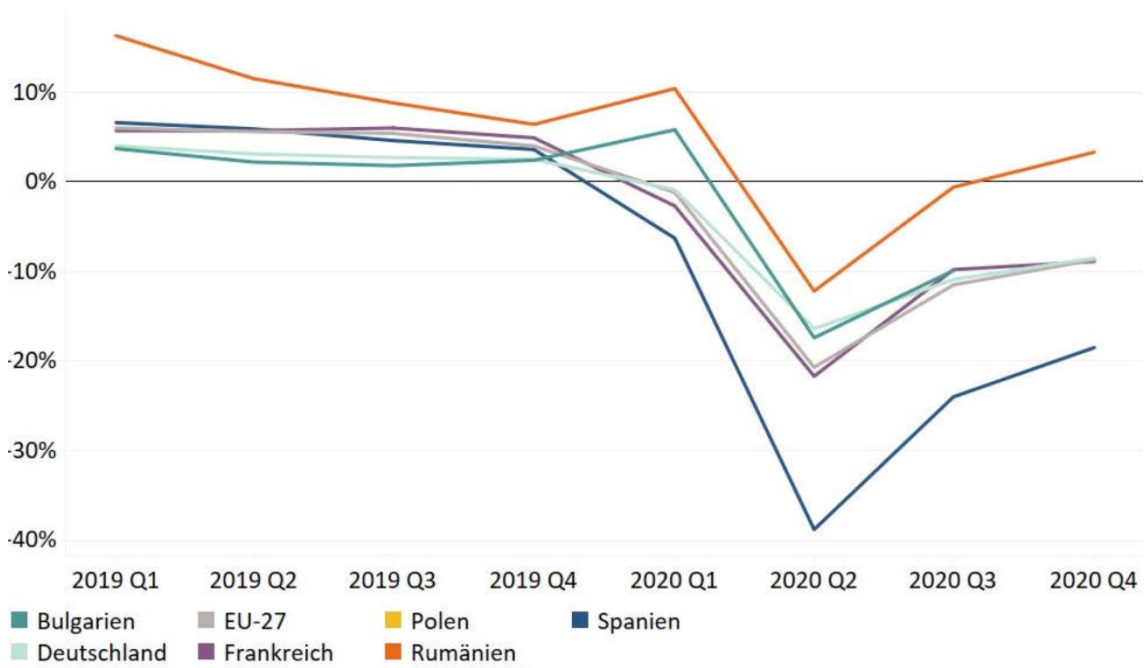


Abbildung 18: Umsatzindex Dienstleistungen ohne Handel (NACE H-N)

Eigene Darstellung nach Eurostat 2021b © Minor

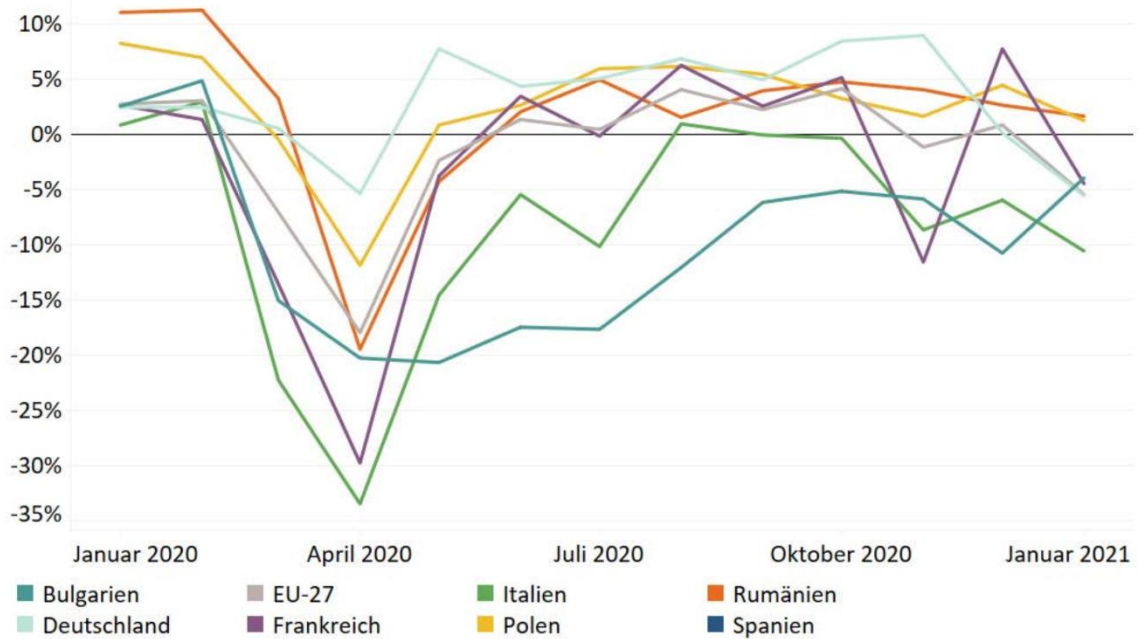


Abbildung 19: Umsatzindex Einzelhandel (preisbereinigt)

Eigene Darstellung nach Eurostat 2021c © Minor

Entscheidend für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration von EU-Zugewanderten wird dabei sein, ihre Einbindung in den Arbeitsmarkt zu festigen und die Qualität der ausgeübten Beschäftigung zu stärken. Im zusammenfassenden Rückblick auf die Umfrageergebnisse wird deutlich, dass Zugewanderte, die unzufrieden mit ihrem Arbeitgeber sind, eher mit dem Gedanken spielen, Berlin zu verlassen und eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, unzufrieden mit ihrer Lebenssituation zu sein.

Dies sind wichtige Signale an die Berliner Arbeitsmarktpolitik, weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die konkrete Beschäftigungssituation von EU-Zugewanderten zu legen. So gilt es bspw. der Frage nachzugehen, aus welchem Grund insbesondere Zugewanderte aus den drei älteren Mitgliedstaaten eine höhere Unzufriedenheit mit ihrem Arbeitgeber aufweisen.

Die aktuelle Situation verdeutlicht zudem die zentrale Notwendigkeit, insbesondere niedrigqualifizierten EU-Zugewanderten eine realistische Perspektive für den Ausbau ihrer bestehenden Kompetenzen zu geben. Ein zentrales Instrument hierfür könnten mehrjährige berufliche Umschulungen darstellen, die über den bisherigen, bis zu zweijährigen Rahmen hinaus gehen. Insbesondere Menschen mit geringen Sprachkenntnissen und/oder keiner vorab bestehenden Berufsausbildung brauchen i. d. R. mehr Zeit, um solche Angebote nutzen zu können (Scheele 2021: 65).

Denn wenn die aktuelle Pandemie eines aufzeigt, dann Folgendes: Von den aktuellen Jobverlusten sind insbesondere EU-Zugewanderte am unteren Ende des Qualifikationsspektrums betroffen. Ob und inwiefern diese Beschäftigungen wieder im gleichen Maße entstehen werden, ist zurzeit alles andere als sicher. In Zeiten der digitalen Transformation der Arbeitswelt könnten sich die zunehmenden Arbeitsmarktdisparitäten auch nach Corona weiter verstetigen: So argumentieren Arbeitsmarktforscher*innen der Bundesagentur für Arbeit, dass die ca. 1,5 Millionen Arbeitsstellen, die durch die Digitalisierung wegbrechen könnten, zwar durch eine ungefähr gleiche Anzahl an neuen Arbeitsstellen ersetzt werden dürften, dass diese jedoch wesentlich anspruchsvoller als die vorherigen Beschäftigungen ausfallen werden (ebd. 2021: 65). Nicht zuletzt aus diesem Grund zeigt die Coronakrise ebenso deutlich wie schmerzhaft auf, welche Vulnerabilitäten insbesondere für geringqualifizierte Zugewanderte auf dem (Berliner) Arbeitsmarkt bestehen, und wie sehr die Entwicklung geeigneter arbeitsmarktpolitischer Instrumente zur Förderung dieser Personengruppe notwendig ist.

Literaturverzeichnis

- Amt für Statistik Berlin Brandenburg, 2021: Einwohnerregister. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/webapi/jsf/tableView/tableView.xhtml> (05.03.2021).
- Becker, P., 2020: Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit von Arbeitsmarktkrise besonders stark betroffen. <https://minor-kontor.de/arbeitsmarktintegration-und-corona/> (07.03.2021).
- Becker, P./Koßler, A./Pfeffer-Hoffmann, C., 2020: Should I Stay or Should I Go? https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2020/03/Minor_FE_WP_Auswanderung_2020.pdf (07.03.2021).
- Behrendt, M., 2021: Auswirkungen der Coronakrise auf EU-Zugewanderte auf dem Berliner Arbeitsmarkt. <https://minor-kontor.de/aktuelle-arbeitsmarktdaten-zu-eu-zugewanderten-in-berlin/> (07.03.2021).
- Behrendt, M./Dubois, M., 2020: EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in Berlin. <https://minor-kontor.de/eu-buergerinnen-und-eu-buerger-in-berlin-2020/> (07.03.2021).
- Brücker, H., 2020: Wie wirkt sich die COVID-19 Pandemie auf die Erwerbsmigration und Arbeitsmarktlage von Migrantinnen und Migranten aus? https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/IB_Vortrag_Bruecker_COVID19_Migration_2020.pdf (05.03.2021).
- Brüderl, J., 2010: Kausalanalyse mit Paneldaten. S. 963–994 in Wolf, C./ Best, H. (Hrsg.), Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesagentur für Arbeit (BA), 2021: Migrationsmonitor – Deutschland und Länder (Monatszahlen). https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html;jsessionid=274BA3A86708F3529286E3D79CFDF208?nn=1479694&topic_f=migrationsmonitor (05.03.2021).
- Czymara, S./Langenkamp, A./Cano, T., 2020: Cause for concerns: gender inequality in experiencing the COVID-19 lockdown in Germany. *European Societies Early View*: 1–14.
- Der Bauunternehmer, 2020: Bauwirtschaft in Berlin: Auftragslage verschlechtert sich. <https://www.der-bau-unternehmer.de/nachrichten/bauwirtschaft-in-berlin-auftragslage-verschlechtert-sich.html> (07.03.2021).
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), 2021: Bauwirtschaft trotz der Corona-Krise – dennoch ruhigeres Geschäft im Jahr 2021. https://www.diw.de/de/diw_01.c.808453.de/bauwirtschaft_trotzt_der_corona-krise____dennoch_ruhigeres_geschaeft_im_jahr_2021.html (06.03.2021).
- Dubois, M., 2019: EU-Zugewanderte auf dem Berliner Arbeitsmarkt. <https://minor-kontor.de/eu-zugewanderte-auf-dem-berliner-arbeitsmarkt-2019/> (07.03.2021).
- Dubois, M./Kraußlach, M., 2018: Entwicklung und Verteilung der Communities aus der EU in Berlin. <https://minor-kontor.de/entwicklung-und-verteilung-der-eu-communities-in-berlin/> (07.03.2021).

- Elcheikh, K./ Fabiańczyk, E./Kraußlach, M., 2020: EU-Zugewanderte in Berlin und die Coronakrise. <https://minor-kontor.de/eu-zugewanderte-in-berlin-und-die-coronakrise/> (07.03.2021).
- Eurostat, 2021a: Arbeitslosendaten nach Geschlecht und Alter - monatliche Daten. Statistics | Eurostat (europa.eu) (07.03.2021).
- Eurostat, 2021b: Dienstleistungsumsatz - vierteljährliche Daten. Statistics | Eurostat (europa.eu) (07.03.2021).
- Eurostat, 2021c: Umsatz und Verkaufsvolumen im Groß- und Einzelhandel - monatliche Daten. Statistics | Eurostat (europa.eu) (07.03.2021).
- Graeber, D./Kritikos, A. S./Seebauer, J., 2020: COVID-19: A crisis of the female self-employed. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.805060.de/diw_sp1108.pdf (07.03.2021).
- Hipp, L./Bünning, M., 2020: Parenthood as a driver of increased gender inequality during COVID-19? Exploratory evidence from Germany. *European Societies*: 1-16.
- Liebig, S./Kühne, S., 2020: Die Coronapandemie als kritisches Ereignis im Lebensverlauf – Design und erste Ergebnisse der SOEP-CoV Studie. <https://coronasozioogie.blog.wzb.eu/wp-content/uploads/23/2020/04/WZB-Liebig-K%C3%BChne-29042020.pdf> (06.03.2021).
- Scheele, D., 2021: „Uns läuft die Zeit davon.“ Interview geführt von Markus Dettmer. *Der Spiegel* (10): 65.
- Spitaleri, L./Fritsche, C., 2021: Lebenslagen in Krisenzeiten. <https://minor-kontor.de/lebenslagen-in-krisenzeiten/> (07.03.2021).
- Statistisches Bundesamt, 2021: Drei von vier Müttern in Deutschland waren 2019 erwerbstätig. Drei von vier Müttern in Deutschland waren 2019 erwerbstätig - Statistisches Bundesamt (destatis.de) (06.03.2021).
- Statistisches Bundesamt, 2021: EU-Monitor COVID-19. <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/COVID-19/COVID-19-Artikel.html> (05.03.2021).
- Zinn, S./Bayer, M./Entringer, T./Goebel, J./Grabka, M. M./Graeber, D./Kroh, M./Kröger, H./Kühne, S./Liebig, S./Schröder, C./Schupp, J./Seebauer, J., 2020: Subjektive Belastung der Eltern durch Schulschließungen zu Zeiten des Corona-bedingten Lockdowns. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.794185.de/diw_sp1097.pdf (06.03.2021).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wegzugsüberlegungen im Zuge der Coronakrise (Erstbefragung)	9
Abbildung 2: Wegzugsüberlegungen im Zuge der Coronakrise (Zweitbefragung)	9
Abbildung 3: Wegzugsüberlegungen nach Ankunftsjahr (Erstbefragung)	10
Abbildung 4: Wegzugsüberlegungen nach Ankunftsjahr (Zweitbefragung)	11
Abbildung 5: Paneldatenmodell zu Wegzugsüberlegungen	13
Abbildung 6: Veränderung des Bestands an Arbeitslosen aus EU-Staaten (EU 11/16) in Berlin	14
Abbildung 7: Veränderung des Bestands an Arbeitssuchenden aus EU-Staaten (EU 11/16) in Berlin	15
Abbildung 8: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Anforderungsniveau (Ländergruppen).....	16
Abbildung 9: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Anforderungsniveau (Einzelstaaten)	16
Abbildung 10: Weiterbeschäftigung beim Arbeitgeber nach Staatsangehörigkeit (Erstbefragung)	17
Abbildung 11: Weiterbeschäftigung beim Arbeitgeber nach Staatsangehörigkeit (Zweitbefragung).....	17
Abbildung 12: Paneldatenmodell zu Unzufriedenheit mit dem Umgang des Arbeitgebers mit der Coronakrise	20
Abbildung 13: Herausforderungen während der Coronakrise (Erstbefragung).....	23
Abbildung 14: Herausforderungen während der Coronakrise (Zweitbefragung).....	23
Abbildung 15: Paneldatenmodell zur Verschlechterung der Lebenssituation durch die Coronakrise	25
Abbildung 16: Erwerbslosenquote in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten	26
Abbildung 17: Jugenderwerbslosenquote in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten.....	27
Abbildung 18: Umsatzindex Dienstleistungen ohne Handel (NACE H-N)	28
Abbildung 19: Umsatzindex Einzelhandel (preisbereinigt)	28

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Intensität der Wegzugsüberlegungen (Erstbefragung)	11
Tabelle 2: Intensität der Wegzugsüberlegungen (Zweitbefragung)	12
Tabelle 3: Maßnahmen des Arbeitgebers nach Ausbruch der Coronakrise (Erstbefragung)	18
Tabelle 4: Maßnahmen des Arbeitgebers nach Ausbruch der Coronakrise (Zweitbefragung)...	18
Tabelle 5: Zufriedenheit mit dem Umgang des Arbeitgebers mit der Coronakrise (Erstbefragung)	19
Tabelle 6: Zufriedenheit mit dem Umgang des Arbeitgebers mit der Coronakrise (Zweitbefragung).....	19
Tabelle 7: Veränderung der Lebenssituation durch die Coronakrise (Erstbefragung)	21
Tabelle 8: Veränderung der Lebenssituation durch die Coronakrise (Zweitbefragung)	21

Impressum

„Europäisches Berlin“ ist ein Projekt von



Alt-Reinickendorf 25
13407 Berlin
Tel.: +49 30 457989-500
E-Mail: minor@minor-kontor.de

www.minor-kontor.de
www.minor-kontor.de/europaeisches-berlin/

Gefördert von

